



# Bürger\*innenbrief

19. Mai 2026

Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft



NEIN zu Olympia! Jede Stimme zählt! +++ Das Grüne Olympische Band +++ Spiele können Wohnen verteuern +++ Das Dilemma mit dem Tierschutz +++ Mietwucher: Verschleppungstaktik des Senats hält an +++ Rechenschaftsbericht der Bürgerschaftsfraktion +++ 10 Jahre »Denk mal am Ort« +++ Wilhelm Wilhelmsen



Jetzt kommt's drauf an: Per Briefwahl oder am 31. Mai an den Urnen (Fotos: M. Joho)

## Liebe Leserinnen und Leser,

dieser Bürger\*innenbrief ist der Letzte, bevor das Referendum am 31. Mai darüber entscheidet, ob sich Hamburg für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 bewirbt oder nicht. Unsere Empfehlung ist klar, unsere Positionen haben wir in den letzten Ausgaben, in Erklärungen, auf Plakaten und auch im »Abstimmungsheft« mehr als deutlich gemacht. Wir sagen NEIN, wir plädieren bei der Abstimmung für NOlympia! und liefern auf den kommenden Seiten noch einmal unsere vielfältigen Einwände und Argumente. Dann ist aber auch erst einmal wieder Schluss mit

einer Kampagne, die zuletzt immer fragwürdigere Formen annahm. Da haben längst noch nicht alle Bürger\*innen die Referendumsunterlagen erhalten, aber der Bürgermeister verschickt an 500.000 Haushalte mal eben eine Aufforderung, mit JA zu votieren. Auch für einen Bürgermeister, der Angst um seine schönen Olympia-Träume hat, ist so eine Aktion nicht gerechtfertigt, sondern einfach nur unlauter.

Das zweite überragende Thema dieser Wochen ist für uns das, was langsam Fahrt aufnimmt und Konturen bekommt: der massive Abbau von Rechten und Leistungen, Errungen-

schaften, die sich die Menschen, ihre Interessenvertretungen und die Gewerkschaften teilweise über Jahrzehnte erkämpft haben. Erinnert sei nur an den Acht-Stunden-Tag, der im Zuge der Revolution 1918/19 gesetzlich verankert werden konnte oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, wofür die schleswig-holsteinischen Metallarbeiter\*innen stellvertretend für die gesamte deutsche Arbeiterklasse 113 Tage lang gestreikt haben, im längsten Arbeitskampf der Bundesrepublik. Nun wollen die Regierenden die Axt an den Acht-Stunden-Tag legen, schwadronieren über einen einkommenslosen ersten Karenztag und zerstören systematisch die Grundlagen einer sicheren Kranken- und Rentenversicherung für große Teile der Bevölkerung. Ausgerechnet die sozialdemokratische Ministerin Verena Hubertz will auch noch das Wohngeld kürzen, das 1,2 Millionen Bürger\*innen mit geringem Einkommen überhaupt erst eine bescheidene Wohnung ermöglicht. Und das angesichts der jüngsten Prognose, dass Millionen Senior\*innen in den kommenden Jahren eine »Wohnarmut« vorsteht.

Nur gut, dass die wiedergewählte DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi auf dem DGB-Bundeskongress vor wenigen Tagen klare Worte gefunden und Kampfbereitschaft signalisiert hat: »Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht entmutigen. Nicht von täglichen Angriffen auf den Sozialstaat. Nicht von dem Geraune, die Beschäftigten seien zu bequem und zu teuer. Nicht von Behauptungen, die deutsche Industrie sei nicht zukunftsfähig. Wir halten dagegen – klar und selbstbewusst.«

Dass wir es beileibe nicht nur mit einer sozialen Zeitenwende zu tun haben, sondern auch mit einer geistig-moralischen (wie es Helmut Kohl in den frühen Achtzigerjahren schon einmal formulierte), das verkörpert zurzeit wohl am ehesten »Kulturminister« Wolfram Weimer, der vermeintlich linken Buchläden das Wasser abgraben will und sich nicht entblödet, zum European Song Contest zu fahren. Dass Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) nicht müde wird, das Volk und vor allem die Jugend zu den Waffen zu rufen, die SPD-Vorsitzende Bärbel Bas auf dem DGB-Bundeskongress meint, den Acht-Stunden-Tag eigentlich nicht anrühren zu wollen, aber es stehe nun mal im Koalitionsvertrag, und die aus Hamburg stammende Bildungsministerin Karin Prien (CDU) zum Jahresende über 200, zum Teil Projekte mit antifaschistischer Zielsetzung aus dem Programm »Demokratie leben!« streichen will, macht nicht eben glücklicher. Einen kleinen, einen ganz kleinen, aber nichtsdestoweniger anerkennenswerten Lichtblick gibt es in diesem Zusammenhang, und der sei der ansonsten eher taumelnden, wenig erfreulichen SPD zugutegehalten: Hamburgs Kultursekretar Carsten Brosda kaufte demonstrativ in der Buchhandlung im Schanzenviertel ein und kündigte an, kleine Verlage mit 700.00 Euro zu fördern. Chapeau!

Heike Sudmann und Stephan Jersch  
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho

**Die Linke**  
Wandsbek

<https://fairspielen.de/2026/05/12/22-mai-olympia-inklusion-oder-mogelpackung-einladung-veranstaltung/>

**olympia?  
inklusion oder  
Mogelpackung**

Veranstaltung  
**Fr., 22. Mai 2026  
16 - 19 Uhr**  
**Bürgersaal Wandsbek  
Am Alten Posthaus 4**  
Barrierefrei & verdolmetscht

In Kooperation mit  
**ZeDis** Zentrum für Disability Studies  
**SCHATTENBERICHT** Hamburg

[www.die-linke-wandsbek.de/nein-zu-olympia](http://www.die-linke-wandsbek.de/nein-zu-olympia)

Am 22. Mai um 16.00 Uhr im Bürgersaal Wandsbek ... und am 25. Mai um 19.30 Uhr im Haus 73 (Schulterblatt 73) finden wohl die letzten Veranstaltungen vor dem Referendum statt. Wer also noch Fragen hat oder unsicher ist, wäre hier genau richtig!

**taz salon**

**OLYMPIA IN HAMBURG:  
MILLIARDENREGEN  
ODER MILLIARDENGRAB?**

Am 31. Mai hat Hamburg die Wahl: Soll sich die Stadt um Olympia bewerben? Sind die Spiele eine historische Chance für die Stadt oder würden sie ein Milliardengrab bedeuten? Was spricht für und was gegen eine Bewerbung?

**Diskutieren Sie im taz Salon mit diesen Gästen:**  
**Alske Freter**, sportpolitische Sprecherin der Grünen  
**Christoph Holstein**, Staatsrat für Sport, SPD  
**Eckart Maudrich**, Sprecher der Initiative Nolympia  
**Heike Sudmann**, Fraktionschefin Die Linke  
Moderation: **André Zuschlag**, taz nord-Redakteur

**25.05.26  
19.30 UHR**

Anmelden  
unter:  
@die.linke

**Haus 73  
Schulterblatt 73  
20357 Hamburg**

# Jede Stimme zählt. Bis zum 31. Mai abstimmen: Für Hamburg – NEIN zu Olympia!

Von Heike Sudmann

Der Tag der Abstimmung über Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg 2036, 2040 oder 2044 rückt immer näher. In der Bürgerschaft wird teilweise erbittert und auch herabsetzend diskutiert. Trotz der vielen Werbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele gibt es jedoch an den Infoständen der LINKEN fast nur Zustimmung für ein NEIN zu den Spielen. Menschen, die von sich sagen, mit den LINKEN sonst nicht übereinzustimmen, teilen unsere Kritik.

Wichtig ist, dass viele kritische Menschen an der Abstimmung teilnehmen. Auch diejenigen, die glauben, dass München eh den Zuschlag erhält. Und auch diejenigen, die meinen, dass sie die Spiele nicht mehr erleben werden. Denn die Finanzierung der Spiele würde in den nächsten Jahren alle treffen, durch Kürzungen, womöglich getarnt als Mittelum-schichtungen, die dann z.B. Senior\*inneneinrichtungen oder -angebote treffen würden.

Nur viele NEIN-Stimmen sind ein Garant dafür, dass die Spiele nicht nach Hamburg kommen. Deshalb: bis zum 31. Mai mit NEIN stimmen!

## Werbung über Werbung von den Befürworter\*innen...

Die Stadt ist vollgestellt mit Plakaten, vor allem von den Befürworter\*innen, die dafür viel Geld ausgeben. Allein der Senat hat bis zum 15. April fast 500.000 Euro für Werbung gezahlt, insgesamt stehen ihm für das »Kommunikationskonzept« zwei Millionen Euro zur Verfügung (siehe meine Schriftliche Kleine Anfrage Drucksache [23/3821](#), Nr. 2). Ob Anzeigen in der Mopo, die aussehen wie normale Artikel, Anzeigen im Abendblatt, in Monatsmagazinen, digitale Werbung an den Straßen und und und – überall wird aufgerufen, mit JA zu stimmen.

## ... und Geld über Geld...

Auch die Wirtschaft beteiligt sich intensiv. Die Handelskammer verwaltet einen Fonds, in den die Befürworter\*innen bisher 1,3 Mio. Euro eingezahlt haben (siehe [Transparenzbekanntmachung](#) des Senats/active city unter Nr. 5 Finanzierung der Kampagne, Stand 5.5.26). Daraus wurde z.B. laut »Hamburger Abendblatt« vom 8. April die erste Show mit 900 LED-Drohnen Ende Februar bezahlt. Kosten: 86.000 Euro. Zum Hafengeburtstag gab es nun eine zweite Drohnen-Show.

## ... und gute Beziehungen

Eine nach eigenen Worten überparteiliche und ehrenamtliche Initiative OlympJA hat am 24. April eine Werbeaktion für Olympia am Jungfernstieg durchgeführt. Mit kostenloser Bühnenshow und mehreren Künstler\*innen wurde gelockt. Gekommen sind nur wenige hundert Teilnehmende, obwohl in allen Sportvereinen dafür getrommelt wurde. Dank höchst wohlwollender Medienberichterstattung war von drei- bis

fünftausend Teilnehmenden die Rede – obwohl auf den Bildern und in den Filmen deutlich zu sehen war, dass nur wenige hundert vor Ort waren.

Interessant ist ein Blick hinter die Kulissen: Die drei sogenannten Macher der Initiative – Christian Gerlach von Neuland Concerts, Eventveranstalter Uwe Bergmann und Berater Matthias Onken – sind derart eng verwoben mit der Stadt und dem Olympia-Projekt, dass es kein Geld von der Stadt für das Event bedarf (s. eine Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion, Drs. [23/3816](#)). Neuland concerts hat im Auftrag der Stadt die Olympia-Eröffnungsfeier geplant und wird mit als Herausgeber des Finanzkonzepts genannt (S. 36). Genau wie Herr Bergmann können sie durch Olympia auf Aufträge hoffen. Matthias Onken arbeitet u.a. in der Beratungsgesellschaft von Altbürgermeister Ole von Beust. Dort finden sich viele ehemalige Politiker von der CDU über die SPD bis hin zu den GRÜNEN. Michael Vesper, früherer Chef des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und Ex-Minister der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen, ist seit 2018 Partner in der Beratungsgesellschaft.

## Fairplay? Fehlanzeige!

Der Sport, um den es ja eigentlich gehen sollte, lebt von Fairness, vom Fairplay. Rund um die Olympia-Bewerbung gilt das oft nicht.

So veröffentlichte die Handelskammer am 20. April, wenige Tage vor Beginn der Verschickung der Wahlunterlagen, eine zwei Monate alte (!) Umfrage. 59,6% der Befragten waren demnach »(eher) für die Durchführung von Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg«. Diese Umfrage hatte stattgefunden, bevor der Senat den Hamburger\*innen am 11. März das Finanzkonzept sowie am 17. März das gesamte Olympia-Konzept vorlegte. Und sie fand vor der [NDR-Umfrage von Ende März](#) statt: Die NDR-Frage, ob eine Olympia-Bewerbung Hamburgs »eher gut« oder »eher schlecht« sei, beantworteten 50 Prozent mit »eher schlecht«. Für »eher gut« entschieden sich nur 41 Prozent.

Die Handelskammer-Umfrage wurde von vielen Medien nicht hinterfragt und als vermeintlich neuer Trend veröffentlicht. Nur aufgrund von Protesten von NOlympia und von der LINKEN ruderten dann NDR und Mopo zurück und entschuldigten sich öffentlich für ihren Fehler bei der Weiterverbreitung dieser Meldung. Im Abendblatt gab es eine halbherzige Rücknahme, verbunden mit einer heftigen und viel mehr Platz einnehmenden Polemik gegen die LINKEN.

Auch beim Hamburger Marathon am 26. April gab es einen unsportlichen und unfairen Zwischenfall. Auf Bannern, auf Banden, auf Lauf-T-Shirts – überall wurde für Olympia geworben. Doch ein Läufer, der ab Dammtor die letzten paar hundert Meter mit einer Anti-Olympia-Fahne lief, wurde kurz

vor dem Ziel vom Geschäftsführer des Marathons und Sicherheitspersonal abgedrängt und gegen die Bande gedrückt. Begründung: der Marathon sei unpolitisch. Später wurde nachgeschoben, dass der Läufer stehen geblieben sei. Filmaufnahmen beweisen jedoch das Gegenteil.

Die Paralympischen Spiele sollen Hamburg zur barriereärmsten Metropole in Deutschland machen, verspricht jedenfalls der Senat. Von moralischem Druck und Erpressung sprechen in diesem Zusammenhang Vertreter\*innen aus der Behindertenbewegung, nachzulesen in einem [taz-Artikel vom 27. April](#). Hans-Jürgen Rehder, der eine olympische Bronzemedaille im Tischtennis-Doppel 1988 in Seoul gewann und seit Jahren als Co-Vorsitzender des Inklusionsbeirats Eimsbüttel aktiv ist, empört sich laut taz: »In der aktuellen Politik findet Inklusion bestenfalls am Rand des Bildschirms statt. Jetzt wird es in den Vordergrund geschoben, um moralischen Druck zu machen, damit die Leute für Olympia stimmen. In meinen Augen ist das eine Form von Erpressung.«

Auch Siegfried Saerberg, Soziologe und bis zur Schließung des Hamburger »Zentrums für disability studies« durch den Senat Ende 2025, übt ebenfalls in der taz Kritik: »Wenn suggeriert wird, dass ohne Olympia keine Fortschritte möglich sind, entsteht ein moralischer Druck: Wer gegen Olympia ist, ist gegen Inklusion. Das ist politisch geschickt – aber inhaltlich fragwürdig.« Saerberg forscht aktuell an der Uni Münster zu Menschenrechten und Behinderung in modernen Gesellschaften.

### David gegen Goliath

Wer sich anguckt, was von den Befürworter\*innen alles an Geld, Promis und Werbung aufgefahren wird, sieht schnell, dass hier ein Kampf David gegen Goliath stattfindet.

Die Initiative NOlympia hingegen hat keine Millionen-, geschweige denn sechsstelligen Beträge zur Verfügung. Sie lebt vor allem von dem Engagement ihrer Mitglieder, die aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sich zusammengetan haben.

Auch bei der Partei DIE LINKE sind es die Mitglieder, die mit viel Einsatz die Gegenargumente zu Olympia auf die Straße und an die Menschen bringt. Das Kampagnenbudget der LINKEN beträgt insgesamt 50.000 Euro und wird ausschließlich aus Mitteln der Partei, also ohne Sponsor\*innen, finanziert (siehe [Transparenzerklärung](#)).

Die Gegner\*innen der Olympia-Bewerbung werden von der großen Unterstützung in der Bevölkerung getragen. Denn anders, als der Senat und die Befürworter\*innen suggerieren, überwiegt die Skepsis und die Kritik an den Olympischen Spielen. Deshalb wird auch in Hamburg die Geschichte des Kampfes von David gegen Goliath gut ausgehen. Das NEIN zu Olympia wird siegen. Darauf einen Sekt, ein Wasser oder ein anderes Getränk der Wahl am Abend des 31. Mai!



# Das Grüne Olympische Band

## Ein Vorschlag aus der Schublade mit Anbauten

Von Stephan Jersch

Auch die Umweltbehörde wirbt für Olympia – schwer genug. Als Leckerli sollen vorhandene Parks und Grünanlagen vom Westen Hamburgs bis an die Bille durch begrünte Verbindungen zu einem »Olympischen grünen Band« verbunden werden. Grundsätzlich ist mehr Grün in der Stadt sicher ein guter Gedanke und gerade da, wo der Siedlungsraum hoch verdichtet ist. Da zur Olympiabewerbung so gar nichts zu

den Themen Umwelt und Klima von Senatsseite zu vernehmen ist – mit Ausnahme eines recht dubiosen Werbeversprechens für klimapositive Spiele – hat der Senat bestehende Grünplanungen in den unterschiedlichsten Planungsstadien und einen neuen Park (Tidepark) zu einem Paket geschnürt und will die einzelnen Grünanlagen und Parks mit Grün verbinden. Aber nur wenn olympisches Geld fließt.



Wie meist sieht die Zeichnung deutlich vielversprechender und grüner aus als die Realisierungsperspektive. Die Verbindungen können auch Straßen sein, blau-grüne Infrastruktur. Auch Autos brauchen Grün. In Teilen handelt der Vorschlag von Straßenbegleitgrün.

Finanziert werden soll das aus einem Topf, in dem angeblich 338 Millionen Euro sind. Allerdings muss der u.a. auch für Bildungs- und Nachhaltigkeitsprojekte, Barrierefreiheit und zusätzliche Sportstätteninfrastruktur erhalten. Angesichts der Tatsache, dass allein die Gestaltung von gut zwei Kilometern Autobahndeckel in Altona gerade mit 100 Millionen Euro bepreist wird also eher ambitioniert.

Bei aller Notwendigkeit von mehr Grün in der Stadt ist der Vorschlag Erpressung: Ohne Olympia werden nur die bestehenden Einzelprojekte realisiert bzw. geplant. Die Finanzierung erscheint auch mehr aus dem Wunsch-Dir-Was entspringen, um überhaupt irgendwas zu Ökologie im Zusammenhang mit Olympia zu bieten.

Business as usual: Mach einfach die Senatsschublade auf, ziehe raus, was Du hast, bastel noch etwas mit einem gewissen Neuigkeitswert dazu und schwups ist das neue Projekt geboren. Warum nicht gleich so?



### Referendumsempfehlung des Zukunftsrates

Geärgert haben dürften sich die Senatspolitiker\*innen von SPD und GRÜNEN über die Olympiabewerbungs-Stellungnahme des Zukunftsrates Hamburg. Zum Ende heißt es dort: »Auf Grundlage der heute vorliegenden Informationen empfehlen wir aus der Perspek-

tive nachhaltiger Entwicklung beim Referendum über eine Olympiabewerbung Hamburgs 2036, 2040 oder 2044 am 31. Mai ein **Nein**« – genauso wie der BUND, der NABU, die GEW und, mensch lese und staune, die Deutsche Polizeigewerkschaft. Wen das achtseitige, sehr differenzierte Statement des Zukunftsrats vom 16. April interessiert, schaut [hier](#).

**Keine Spiele mit Hamburg – NOlympia.  
Von Risiken und Nebenwirkungen  
FAIRspielen.de**



Von der Website [FAIRspielen.de](#), wo es reichlich weitere Informationen über das Thema gibt

### Gutachten des Bundestags:

## Olympische Spiele können Wohnen verteuern

Von Luzian Massarrat, Referent bei Heike Sudmann

Sind Olympische Spiele Mietentreiber? Mit dieser Frage hat sich der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einem Gutachten beschäftigt. Und das Ergebnis sollte Hamburger\*innen zu denken geben. Untersucht wurde anhand zahlreicher bestehender Studien, in welchem Ausmaß die Austragung der Olympischen Spiele die Entwicklung von Miet- und Immobilienpreisen in den jeweiligen Gastgeberstädten seit 1972 beeinflusst hat.

Einen zwingenden Zusammenhang zwischen Olympia und steigenden Mieten gibt es zwar nicht, das Gutachten zeigt aber deutlich, dass Olympische Spiele Wohnraum verteuern und soziale Ungleichheiten verschärfen können. Während in nordamerikanischen Gastgeberstädten selten und

nur geringe Preissteigerungen festgestellt wurden, litten alle untersuchten europäischen Austragungsorte (München, Barcelona, Athen und London) unter Mietsteigerungen. Die Steigerungen waren teilweise drastisch (etwa in Barcelona). In einigen Städten unterschieden sie sich stark zwischen einzelnen Stadtteilen (wie in London). Grundsätzlich stiegen Miet- und Immobilienpreise insbesondere dann, wenn Investitionen in Infrastruktur und Stadtentwicklung Stadtteile aufwerteten.

Die jeweiligen Folgen hängen dabei immer von der konkreten Umsetzung ab. Werden durch die Spiele Infrastrukturprojekte vorangetrieben und Neubauten nachgenutzt, sind Mietsteigerungen wahrscheinlich. Wesentlich ist auch,

ob ausreichende Maßnahmen zur Abfederung sozialer Folgen getroffen werden. Für Mieter\*innen ist das Hamburger Olympia-Konzept also mit einem enormen Risiko verbunden. Einerseits sollen mit Olympia auch große Infrastrukturprojekte beschleunigt werden, andererseits fehlt es vollständig an Konzepten zur sozialen Abfederung. Der Senat verschließt vor diesen Risiken die Augen: Er geht nicht davon aus, dass die Mietpreisentwicklung durch Olympia beeinflusst wird (siehe [Drs. 23/3761](#)). Im Infoheft zum Referendum erklärt er den Abstimmenden gar: »Das Mietniveau soll durch Olympia nicht steigen.«

Dass es nicht steigen soll, ist klar. Damit es nicht steigen wird, bräuchte es zusätzliche Maßnahmen. Die sind aber

nicht geplant, der Senat verweist lediglich auf die bestehenden Instrumente ([Drs. 23/3761](#)). Dass Drittelmix, Mietpreisbremse und Co. bei weitem nicht ausreichen, sehen wir bereits, denn in Hamburg herrscht Mieten-Notstand: Die Mieten werden ständig erhöht, eine neue Wohnung zu finden ist für viele Menschen fast unmöglich. Laut der aktuellen Ohmoor-Studie liegen die Angebotsmieten aktuell bei 15,88 Euro je Quadratmeter nettokalt. 25,9 Prozent aller Hamburger\*innen leben in Wohnarmut ([Paritätischer Gesamtverband, 2025](#))!

Olympia in Hamburg, so wie der Senat es plant, ist ein riskantes Pokerspiel mit schlechten Karten für die Stabilität unserer Mieten. Ein Spiel, das sich Mieter\*innen nicht leisten können!

## Lösung sozialer Probleme wie Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit statt Olympia

Olympia: Gefahr für MieterInnen und wohnungslose Menschen. Steigende Mieten, Vertreibung aus der Innenstadt, Verlagerung der finanziellen und planerischen Kapazitäten der Stadt auf Olympia statt Konzentration auf die Lösung sozialer Probleme wie Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit. Das droht bei der Veranstaltung olympischer Spiele in der kleinen Großstadt Hamburg, meint [Stephan Nagel](#). Er war langjährig in verschiedenen Funktionen und Regionen in den Wohnungsnotfallhilfen tätig und bis 2024 Referent für Wohnungsnotfallhilfen der Diakonie in Hamburg. Wir danken für die Möglichkeit, seinen Artikel von der [fairspielen-Website](#) übernehmen zu dürfen.

### Ein Statement

Von Stephan Nagel

In Hamburg sind nach der Statistik des Bundes rund 38.000 Menschen wohnungslos – davon leben knapp 4.000 ohne jede Unterkunft auf der Straße. Unter allen Städten in Deutschland hat Hamburg damit bezogen auf die Einwohnerzahl die meisten wohnungslosen Menschen. Knapp 2 Prozent der Bevölkerung sind ohne Wohnung, so viel wie 1950 wenige Jahre nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs.

Bis 2030 soll die Wohnungslosigkeit überwunden werden, so haben es EU-Parlament, Bundesregierung und der Hamburger Senat vor Jahren beschlossen. Aber wie es aussieht, nähert sich die Stadt diesem Ziel nicht an, sondern entfernt sich eher von ihm. Wohnungsmangel und steigende Mieten sind die hervorstechenden Auswirkungen der allgemeinen Wohnungsnot, die bis weit in die Mittelschicht schmerzhaft spürbar sind. Angesichts der drückenden Wohnungsnot und anderer Probleme in der Stadt ist es unverantwortlich, sich auf olympische und paralympische Spiele zu bewerben.

Olympische Spiele sind, was die Zahl der Teilnehmenden, der BesucherInnen, der MedienvertreterInnen und der Sportstätten betrifft, riesengroße Veranstaltungen – und im Vergleich zu den meisten Olympiastädten der vergangenen Jahrzehnte ist Hamburg eine eher kleine Stadt. Belastungen und problematische Auswirkungen von Olympiavorbereitungen wirken sich in einer kleinen Großstadt wie Hamburg



Aktion gegen Wohnungsnot (Foto: Stephan Nagel)

sehr viel stärker aus, als in großen Metropolen. Und hinzu kommt: Hamburg hat offensichtlich nicht die Strukturen, um bauliche Großprojekte pünktlich und im Rahmen der Kostenplanungen zu meistern. Olympische Spiele können nicht nach hinten geschoben werden wie sonst Bauprojekte, die in Schwierigkeiten geraten.

Das heißt, Olympiaprojekte müssen, koste es, was es wolle, auf Termin fertig gestellt werden: ein Einfallstor für dramatische Kostensteigerungen und vielleicht noch schlimmer, ein Einfallstor dafür, dass die hamburgischen Planungs- und Verwaltungsstrukturen über Jahre hinaus vollständig von Olympia in Anspruch genommen werden. Viele andere Aufgaben, wie die Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit, werden gänzlich ins Hintertreffen geraten.

In Vorbereitung der letzten Bürgerschaftswahl hat der Hamburger Senat die Vertreibung von bettelnden und wohnungslosen Menschen aus der Innenstadt verstärkt, und sich dabei medienwirksam als Law-and-Order-Senat inszeniert. Es steht zu befürchten, dass bei einer erfolgreichen Olympiabewerbung Hamburgs die Vertreibungspolitik noch einmal verschärft wird.

Eine Entscheidung für Olympia in Hamburg würde nach den vorliegenden Erfahrungen nicht nur die Mieten weiter anheizen, sondern über Jahre erhebliche finanzielle Mittel, Planungsressourcen und politische Aufmerksamkeit für ein

vierwöchiges Fest binden, die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit, der Mietensteigerungen und dringende andere Aufgaben würden liegen bleiben. Olympia als globales Megaevent überfordert die kleine Großstadt Hamburg. Bereits vor zehn Jahren hat eine knappe Mehrheit der HamburgerInnen eine Olympiabewerbung abgelehnt und dem Senat den Weg zu einer solideren Stadtpolitik gewiesen. Auch beim Bürgerschaftsreferendum im Mai gilt: Hamburg und insbesondere seine Bürger\*innen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit haben was Besseres verdient als Olympia.

### Unsere Pressemeldung vom 14. Mai: Tschentschers unlautere Werbung für Olympia

Die Hamburger\*innen bekommen aktuell Briefe mit dem Aufdruck »Wichtige Information des Bürgermeisters« und »An alle Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg«. Peter Tschentscher (SPD) wirbt darin nicht nur für die Teilnahme am Olympia-Referendum, sondern auch gleich dafür, bei dieser Abstimmung mit ‚Ja‘ zu stimmen. Laut Medienberichten erhalten 500.000 Hamburger Haushalte diese Postwurfsendungen.

Dazu Heike Sudmann, Co-Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bürgerschaft: »Ist doch total schön, wenn der Bürgermeister den Hamburger\*innen Post schickt! Weit weniger schön ist aber, dass Herr Tschentscher in der heißen Phase des ‚Wahlkampfes‘ ganz unverhohlenen Stimmung macht für ein ‚Ja‘. Und diese ‚wichtige Information‘ auch

noch den vielen EU-Bürger\*innen in Hamburg schickt, die hier zwar Steuern zahlen, aber nicht mal abstimmen dürfen. Diese ganze bombastische Werbekampagne des Senats für die Spiele hat mehr als ein Geschmäcke. 18 Millionen Euro werden rausgeballert, damit Hamburg sich überhaupt bewerben kann. Wir wissen aber auch aus der letzten repräsentativen NDR-Umfrage, dass eine knappe Mehrheit der Menschen in unserer Stadt so eine Bewerbung überhaupt nicht will. Statt mal innezuhalten und zu überlegen, ob diese ablehnende Haltung nicht berechtigt ist, wirbt der Bürgermeister unverdrossen für die Spiele. Die Postwurfsendung auf Kosten aller Steuerzahler\*innen ist total einseitig und blendet jegliche berechtigte Kritik aus. Diese Aktion mag legal sein, doch selbst für einen Bürgermeister, der Angst um seine schönen Olympia-Träume hat, ist sie nicht gerechtfertigt. Ich finde dieses Vorgehen unlauter und dem Amt eines Bürgermeisters dieser Stadt nicht angemessen.«

## Das Dilemma mit dem Tierschutz

Von Stephan Jersch

Tierschutz hat seit 2002 Verfassungsrang in Deutschland. Staatliche Aufgaben sind u.a. die Überwachung der Tierhaltung, die Genehmigung von Tierversuchen sowie Handels- und Transportkontrollen. Hamburg hat seine rechtlichen Verpflichtungen im Tierschutz teilweise ausgelagert und dem »Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V.« (HTV) übertragen. Im Tierheim des HTV werden u.a. Fundtiere und sichergestellte Tiere angenommen. Der HTV finanziert sich hauptsächlich aus Spenden und bekommt für die von der Stadt übertragenen Aufgaben zusätzlich Geld aus dem Haushalt der Stadt.

Durch den Tierschutz zieht sich eine harte Grenze: die zwischen Haus- und Wildtieren. Für Wildtiere sehen sich die Kommunen und auch Hamburg als nicht zuständig an, eine teure Ausnahme sind in Hamburg die Schwäne auf der Alster. Im letzten Jahr hat die Bürgerschaft über den Schutz von Igeln debattiert und leider keine Einsatzbeschränkung von Mährobotern beschlossen – es blieb bei Informationen und dem Bemühen um eine bundesweite Regelung. Anlass war eine Vielzahl von schwer verletzten Igel, die von Mährobotern verstümmelt wurden und bei freiwilligen Helfer\*innen landeten. Besonders bei der Wildtierstation von Looki in Ber-



Kanada-Gans (Foto von ihrem Paten Stephan Jersch)

gedorf. Das ist keine staatliche Aufgabe und muss allein aus Spenden finanziert werden.

Die Igel sind ein sympathisches Beispiel. Das betrifft aber auch weiterhin aufgefundene und verstümmelte Nutria, ver-

letzte und verstümmelte Stadtauben, aufgefundene Wildgänse, Waschbären oder Eichhörnchen. Neuerdings erkennt der Senat immerhin an, dass die Stadtauben zumindest verwilderte ehemalige Haustaube (z.B. Brief- oder Hochzeitstaube) sind. Für deren Populationskontrolle wurden nun Gelder für sechs Taubenschläge bewilligt, die aber seit Februar 2024 noch nicht verwendet wurden.

Neben dem stark überlasteten Tierheim des HTV kümmert sich die kleine, ehrenamtlich betriebene Wildtierstation von Looki mit viel Engagement um Wildtiere in Not. Alle Versuche einer institutionellen Förderung durch die Stadt sind bisher gescheitert. Gleichzeitig sinkt mit der wirtschaftlichen Lage die Spendenbereitschaft und die Reserven für Futter und Tierarztrechnungen schwinden.

Der HTV und auch Looki haben in den letzten Jahren wiederholt Aufnahmestopps verhängen müssen. Die Kapazitäten sind immer öfter erschöpft, doch der Senat handelt nicht. Während Looki darauf verweist, dass ein jährlicher Zuschuss von 150.000 Euro die Not beenden könnte, werden gerade die letzten Arbeiten für den Neubau der Versuchstierunterbringung am UKE durchgeführt, zu der die Stadt 36 Millionen Euro beisteuert.

Es stünde der Stadt gut zu Gesicht, über den Haushaltschatten zu springen und zu handeln.

Seltenes Naturereignis (Foto: Stephan Jersch)



Am 30. April ist bundesweit der deutsch-englische Streifen **»Future Science. Das Ende der Tierversuche?«** von Marc Pierschel **in den Kinos** angelaufen. Der 81-minütige Dokumentarfilm mit deutschen Untertiteln geht u.a. davon aus, dass 95 Prozent der Medikamente, die in die klinische Prüfung am Menschen gehen, scheitern. Und das, obwohl sie vorher an Mäusen und Ratten exzellent gewirkt haben.« Mehr zum Film und den Aufführungsorten unter [hier](#).



# Mietwucher: Verschleppungstaktik des Senats hält an

Von Heike Sudmann

Eine aktuelle Anfrage der Linksfraktion (Drucksache [23/3748](#)) zeigt: Seit November 2024 gibt es über 1.600 unbearbeitete Verdachtsfälle auf erhöhte Mieten und Wuchermieten - der größte Teil wurde über die Mietwucher-App der LINKEN gemeldet. Die im Februar 2025 von SPD und GRÜNEN beschlossene Meldestelle gegen Mietwucher gibt es bis heute noch nicht. Eine Chronologie.

- Im November 2024 startet DIE LINKE die Mietwucher-App auch in Hamburg. Es gehen so viele Meldungen ein, dass der Senat Ende Februar 2025 nachzieht und einen eigenen »Mietenmelder« online einrichtet.
- Ebenfalls Ende Februar 2025 wird der Bürgerschaftsantrag von SPD und GRÜNEN (Drucksache [22/17929](#)) zur »Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle gegen Mietpreisüberhöhung« angenommen.
- Im April 2025 will die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen das Personal in vier Bezirksämtern um 12,5 Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente, VZÄ) aufstocken, um die gemeldeten Verdachtsfälle zu bearbeiten (siehe Drucksache [23/2625](#), Frage 2).
- Anfang Mai 2025 teilt der Senat mit: »Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen bereitet derzeit gemeinsam mit dem federführenden Bezirksamt die Einwerbung zusätzlicher Stellen für die Bearbeitung der Fälle möglicher Mietpreisüberhöhungen vor« (siehe Drucksache [23/256](#), Nr. 13).
- Bis Mitte November 2025 werden insgesamt 1.313 Verdachtsfälle *gemeldet*. Aber *bearbeitet* wurde kein einziger Fall. Mit Verweis auf die personelle Belastung in den Dienststellen erklärt der Senat: »Vor diesem Hintergrund

konnten bisher noch keine rechtlichen Verfahren eingeleitet, Vermietende kontaktiert oder Fälle abgeschlossen werden« (Zahlen und Zitat aus Drs. [23/2151](#)). Das immer wieder versprochene Konzept würde jetzt vorliegen, Personal solle zeitnah angeworben werden.

- Im Januar 2026 verlaublich der Senat, dass nunmehr für ganz Hamburg 6 VZÄ für die Meldestelle vorgesehen sind. Die Stellenausschreibungen sollen bis Ende des Monats erfolgen (siehe Drs. [23/2625](#)).
- Im April 2026 heißt es nun, dass voraussichtlich zum 1. Juli die mittlerweile Taskforce genannte Meldestelle die Arbeit aufnehmen soll. Ob die seit März überfällige Aktualisierung des Gutachtens zum Nachweis einer Wohnraum-Mangellage erfolgen wird, ist noch nicht entschieden.

Seit November 2024 gab es insgesamt 1.614 Meldungen in den Bezirksämtern zu überhöhten Wuchermieten (*siehe Tabelle*). Es ist wahrlich traurig, wie der Senat hier agiert. Nicht mal sechs Stellen kriegt er innerhalb eines Jahres besetzt. Die 20 hochdotierten Stellen für das Olympia-Projekt dagegen wurden innerhalb weniger Wochen besetzt. Es geht also, wenn ein Wille da ist. Die hier gezeigte Verschleppungstaktik des Senats schadet den betroffenen Mieter\*innen und stärkt nur die Mietenmafia. 1.614 Hinweise auf mögliche Mietabzocke liegen vor, nicht ein einziger Fall wurde bearbeitet. Während die Betroffenen Monat für Monat zu viel Miete zahlen, bewegt der Senat sich im Schnecken tempo. Die Hängepartie beim Gutachten zur Mangellage von Wohnraum ist fatal, denn ohne eine aktuelle Grundlage drohen Verfahren zu scheitern. So werden keine Mieter\*innen geschützt.

## Übersicht über Meldungen von erhöhten und Wuchermieten von November 2024 bis April 2026:

Bezirk	Meldedienst	Gesamt seit November 2024
Hamburg-Mitte	Mietwucher App	276
Altona	Mietwucher App	275
Eimsbüttel	Mietwucher App	210
Hamburg-Nord	Mietwucher App	281
Wandsbek	Mietwucher App	116
Bergedorf	Mietwucher App	2
Harburg	Mietwucher App	33
Hamburg-Mitte	Mietenmelder	98
Altona	Mietenmelder	88
Eimsbüttel	Mietenmelder	67
Hamburg-Nord	Mietenmelder	113
Wandsbek	Mietenmelder	42
Bergedorf	Mietenmelder	3
Harburg	Mietenmelder	10
	<b>Mietwucher App</b>	<b>1.193</b>
	<b>Mietenmelder</b>	<b>421</b>
	<b>Gesamt seit 11/2024</b>	<b>1.614</b>

## Tipps & Termine

**Natürliche Ressourcen für 2026 aufgebraucht**, titelte die »taz« online am 9. Mai. Gemeint ist damit der Erdüberlastungstag, das Datum innerhalb eines laufenden Jahres, bis zu dem alle natürlichen Ressourcen aufgebraucht wurden, die eigentlich für das ganze Jahr reichen müssten. **In 2026 war der Erdüberlastungstag rechnerisch am 10. Mai erreicht.** Alljährlich wird dieser Wert von der Organisation »Global Footprint Network« erhoben. Er setzt ein deutliches Alarmzeichen, dass wir – und damit sind vor allem die kapitalistischen Hauptländer gemeint – die Erde beständig zerstören, ohne auch nur ansatzweise angemessenen Ausgleich zu schaffen. »Deutschland verbrauche vor allem durch den Einsatz fossiler Energien deutlich zu viele Ressourcen«, zitiert die taz den BUND. »Hauptverursacher seien energieintensive Industriebranchen, der Gebäudesektor, der Straßenverkehr und die industrielle Tierhaltung.«

Es ist nicht einfach, sich in der von Zahlen nur so strotzenden **Energiebilanz und CO<sub>2</sub>-Bilanzen für Hamburg**



## DEMONSTRATION

**ENTSCHLOSSEN GEGEN KÜRZUNGEN  
KINDER- UND JUGENDRECHTE VERTEIDIGEN!**

**Wann?** Freitag, den 22. Mai um 13 Uhr

**Wo?** Hachmannplatz --> Marsch zur SPD Parteizentrale

Auf den Parteitagen der SPD und Grünen wurde beschlossen, dass die Jugendhilfe gestärkt werden muss.

Doch gleichzeitig wurden bereits Projekte gekürzt oder stehen vor dem Aus.

Wir geben Raum für echte Geschichten.

Wir reden darüber, welche Angebote bereits betroffen und weggefallen sind.

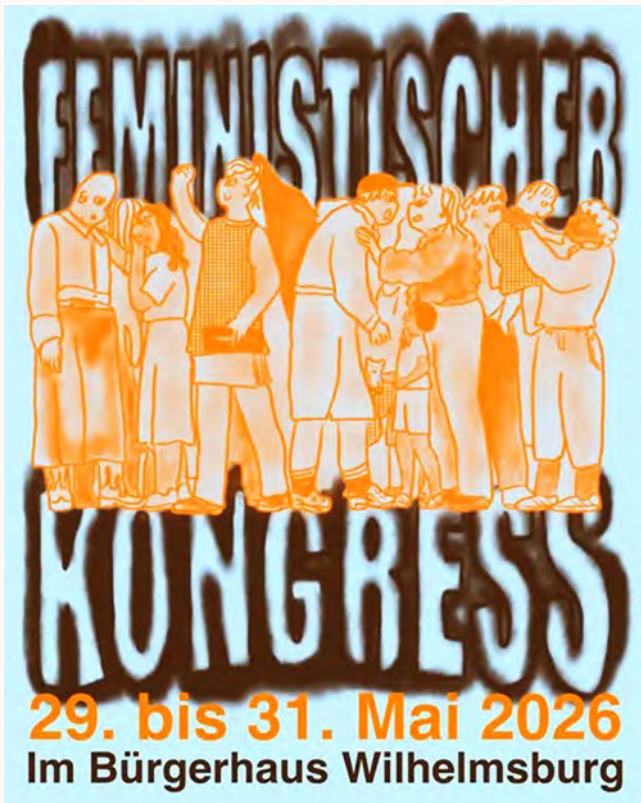
Kommt vorbei und setzt gemeinsam mit uns ein Zeichen!



2024 zu orientieren. Erarbeitet wurde die 21-seitige Studie im Auftrag der Umweltbehörde, publiziert Mitte April vom Statistikamt Nord. Einfacher ist es da, auf einen taz-Artikel vom 17. April zurückzugreifen. Schon die Überschrift **Hamburg steuert weit an Klimazielen vorbei** unterstreicht, dass etwas schief läuft im Staate. Und tatsächlich ergeben die Zahlenkolonnen, dass die **CO<sub>2</sub>-Emissionen im vorletzten Jahr sogar minimal angestiegen** sind, dabei müssten sie zwecks Erreichens der Klimaneutralität jährlich um mindestens 4,5 Prozentpunkte reduziert werden...

Da passt vielleicht eine jüngst (am 11. Mai) veröffentlichte, 14-seitige Stellungnahme des Deutschen Mieterbundes zum »Referentenentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung des **Gebäudeenergiegesetzes**, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich«. Der Mieterbund fordert u.a. bessere Regelungen beim Heizungstausch, den Schutz vor hohen zukünftigen Mietkosten, beim Einbau einer Stromdirektheizung bzw. einer elektrisch betriebenen Wärmepumpe und insgesamt eine soziale Ausrichtung der Fördermittel im Gebäudebereich.

Wer an aktuellen **Terminen und Veranstaltungen der LINKEN und fortschrittlicher Initiativen** interessiert ist, die/der sei auf die entsprechende Website der Hamburger LINKEN aufmerksam gemacht. Die Liste wird ständig erneuert und gibt einen guten Überblick über all das, was gerade geschieht bzw. geplant ist und alleine monatlich einen Bürger\*innenbrief füllen würde. Bis hierher drei aktuelle, plakutmäßig unterfütterte Beispiele:



Ebenso wichtig für die Freund\*innen interessanter linker Veranstaltungen ist der zweimonatlich per Mail verschickte **Newsletter der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Hamburg**. Alleine die neueste Nummer sieht **für Mai/Juni insgesamt 25 Termine** vor, einer interessanter als der andere. Da geht es natürlich zum Teil um Bildungsurlaube und Stadtteilrundgänge der RLS, aber beispielsweise auch um »Strategien gegen den Trumpismus« (am 20. Mai), die »Geschichte der Rätebewegungen, von der Pariser Kommune bis Rojava« (21. Mai), »Antifeminismus als Brückenideologie« (29. Mai), die »Verkehrswende – und denkt an die Fußgänger\*innen« (5. Juni), »Argentinien als Versuchslabor der Ultrarechten« (17. Juni)... Den Newsletter kann man kostenfrei abonnieren und die Einzelveranstaltungen durchflöhen.

Und wo wir gerade bei regelmäßigen Informationspools sind, sei hier auch noch der **Kommunal-Newsletter der**

**Bundestagsfraktion DIE LINKE** empfohlen. Er birgt den Vorteil, entsprechende Daten, Analysen und Initiativen weniger aus Hamburg als vielmehr aus dem ganzen Bundesgebiet zu bekommen. Im neuesten Rundbrief ist natürlich vom Sozialabbau die Rede, es geht u.a. um die katastrophale Finanzlage der Kommunen und die Gewerbesteuer. Anregend für das eigene Engagement auf Stadtteil- oder bezirklicher Ebene ist sicher auch die Rubrik »Parlamentarisches«, in der über neue Bundestagsanfragen und -anträge informiert wird. Und selbstverständlich erfährt mensch hier allerlei Termine und nicht zuletzt auch neue, meist kostenfrei anzufordernde Broschüren zu allen möglichen Teilgebieten der Kommunalpolitik. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass natürlich auch andere Gruppierungen und Bündnisse kontinuierlich Veranstaltungsankündigungen, Erklärungen und Einschätzungen publik machen. Stellvertretend sei hier »annaelbe« genannt, wo die linksalternative Szene ihr breit gefächertes Angebot offeriert.

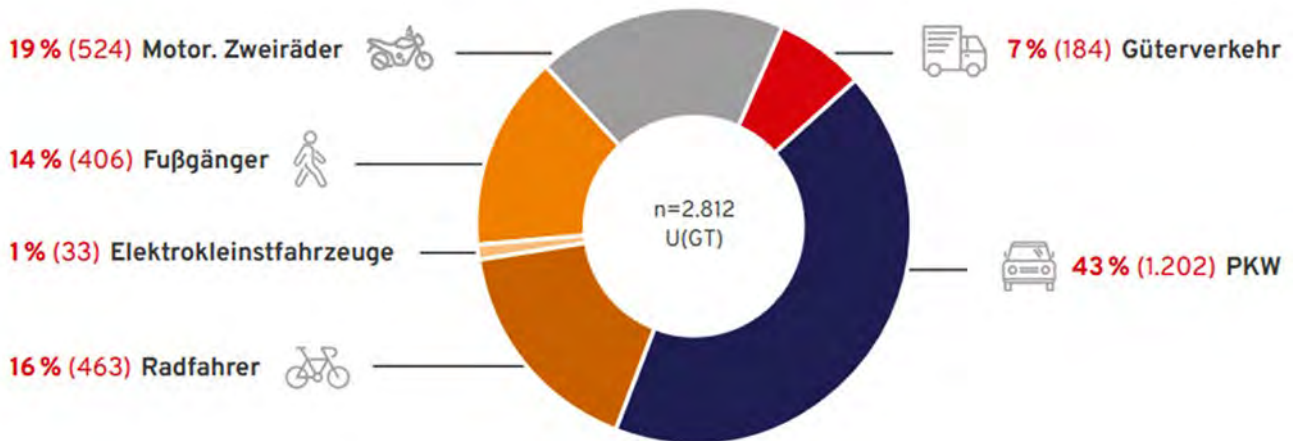


Mitte April hat der **Paritätische Gesamtverband** ein umfangreiches, 121-seitiges Werk (»Drohender Kahlschlag im Sozialen«) vorgelegt, in dem es um ein internes Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zu geplanten drastischen Kürzungen bei Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen geht. Enthalten sind in diesem Werk eine



**GETÖTETE IM STRASSENVERKEHR 2025**

Im Jahr 2025 wurden in Deutschland insgesamt 406 Fußgänger bei Verkehrsunfällen getötet; diese machen etwa 14 % aller Getöteten aus.



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

Aus der aktuellen Studie der Björn-Steiger-Stiftung

harsche Analyse des »angesichts der Kürzungspläne von Bund, Ländern und Kommunen entsetzten« Paritätischen sowie das 108-seitige Arbeitspapier mit mehr als 70 Kürzungsvorschlägen mit einem Volumen von über 8,6 Milliarden Euro. Quasi Pflichtlektüre für alle, die sich dem immer klarer abzeichnenden Sozialabbau entgegenstellen wollen. Eine Zusammenfassung des Inhalts unter der Überschrift »Ein Kahlschlag bei Alltagshilfen« lieferte die »taz« online am 17. April.

In Berlin gibt es eine Bewegung unter der Parole **Unkürzbar! Es reicht! Für Alle!** schon länger, nun hat sich am 19. Mai auch in Hamburg ein **breites Bündnis zwecks Planung von »übergreifenden« Aktionen** zusammengefunden. Wir zitieren den Aufruf: »Der Sozialstaat ist zu teuer, tönt es seit Monaten von Regierungsseite, fast sämtliche Bereiche der sozialen Daseinsfürsorge stehen unter verbalem Dauerbeschuss. Ähnliches trifft auch auf Projekte der Demokratieförderung zu, auch sie stehen unter Druck. Jede dieser Kürzungen ist ein Wahlgeschenk für die AfD, untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, verfestigt Armut und soll uns gegenseitig gegeneinander in Stellung bringen und verunsichern. Es gibt inzwischen in Hamburg und bundesweit Netzwerke, die sich gegen die Kürzungen aussprechen. Wir möchten den Raum geben, damit sich diese vernetzen können. Nur gemeinsam kann es gelingen, diesem Frontalangriff etwas entgegenzusetzen. Zusammen mit denen, die bereits mit ihrem Engagement für eine solida-

rische Gesellschaft zeigen, dass andere Welten möglich und nötig sind, wollen wir Alternativen aufzeigen. Gegen etwas, was uns als alternativlos dargestellt wird. Widerstand kann ein Vorstellungsfenster öffnen, jenseits von Ideologien des Krieges, des zu teuren Sozialstaats und einer fossilen Zukunft. Unsere Welt sieht schöner aus und hat Zukunft! Aber auch in Hamburg kann die regierende Koalition andere Entscheidungen treffen und Bausteine einer anderen Stadt formulieren, die wirklich zukunftsfähig sind. Wir verfolgen die Idee einer Open-Air-Zusammenkunft im citynahen öffentlichen Raum, mit Bühne und Workshopzelten, der Möglichkeit der Präsentation von Initiativen, der Entwicklung gemeinsamer Ideen und der Erarbeitung von Alternativen zur Kürzungspolitik. Kontakt, auch mit Blick auf die nächste Zusammenkunft, per E-Mail an [solidarischausderkrise@riseup.net](mailto:solidarischausderkrise@riseup.net).

Die **Björn-Steiger-Stiftung** hat am 23. April eine 19-seitige Studie zu Fussgänger-Pkw-Unfällen vorgelegt, ein Thema, das wegen der vielen, wiederholt tödlich verlaufenen Ereignisse an Kreuzungen und rechtsabbiegenden Autofahrer\*innen die Gemüter bewegt. Nach Angaben der Unfallforscher\*innen der Stiftung sind **im Jahre 2024 genau 402 Fußgänger\*innen im Straßenverkehr gestorben**, 4.950 wurden schwer, weitere 23.033 leicht verletzt. Die meisten Todesopfer - nämlich 349 von 402 Menschen - kamen bei Kollisionen mit einem Pkw ums Leben. Die Autor\*innen der Studie kommen zu dem Ergebnis, dass vor allem die Einführung von Tempo 30 rund um Fußgängerüberwege zu einem massiven Rückgang

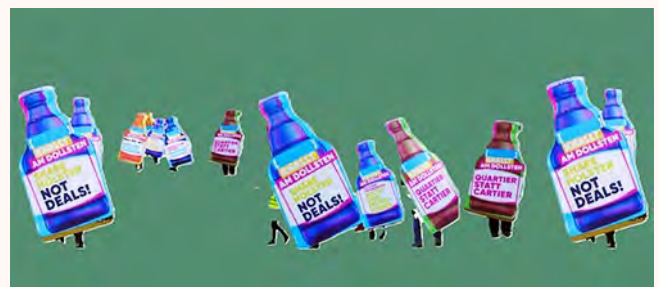
der Fussgänger\*innen-Toten führen würde. Ein lesenswertes Interview mit Siegfried Brockmann, dem Leiter der Unfallforschung, hat der SWR am 23. April veröffentlicht.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSW) hat am 29. April eine neue Studie zum möblierten Wohnen in Hamburg vorgelegt. Wie so manches Mal ist das 110-seitige Dokument nur zugänglich über das Transparenzportal (wer weiß das schon?). Und auch der Titel lässt nicht gleich auf den sozialen und mietenpolitischen Sprengstoff schließen, denn die Untersuchung enthält: **Studie flexibles Wohnen**. Klingt doch gut, oder? Jedenfalls besser als möblierte Zwangsvermietung. Und die machte laut Markterhebung **2023 mittlerweile 17,9% aller Wohnungsinserate in Hamburg** aus – 2014 waren es gerade mal 3,5%. Ausführlicheres dazu im nächsten BB.

Als **hausgemachte Verelendung** bezeichnet die Online-Ausgabe der »jungen welt« vom 4. April den Umstand, dass auch **im vergangenen Jahr insgesamt 1.142 Haushalte zwangsgeräumt wurden (2024 waren es 1.201), davon alleine bei der SAGA 270 Haushalte (2024: 247)**. »Eine Zwangsräumung ist für viele Menschen der Startschuss in eine jahrelange Obdachlosigkeit«, kommentiert Olga Fritzsche, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die Verhältnisse. Und die behördlicherseits zuständigen Fachämter für Wohnungsnotfälle kommen nicht nach. Mehr Personal ist also nötig, ganz abgesehen davon, dass erheblich mehr getan werden müsste, das auch vom Senat versprochene Ziel – die Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hamburg – bis 2030 zu erreichen.

Es gilt viel zu berichten aus der Hamburger Initiativenwelt, viele Termine, reichlich Erklärungen, schöne Aktionen. Wir können hier leider immer nur auswahlweise und beispielhaft berichten. Aber soviel sei angemerkt: Erfolgreich gelaufen ist am 17./18. April im Gymnasium Lerchenfeld die mittlerweile **5. Aktionskonferenz (Aktiko)**. Rund 180 Teilnehmende aus Dutzenden Gruppen und Organisationen, so viele wie noch nie, tauschten sich unter dem Motto »Zukunft.Macht.Sinn!« aus. Aufgelöst hat sich dagegen das **Altonaer Manifest**, über das auch im BB immer mal wieder etwas zu lesen war. In der Schlusserklärung vom 1. Mai heißt es, dass der Zusammenschluss aus den Inis Prellbock, ...knallt am dollsten und Sternbrücke nicht einfach auseinandergeht, sondern im wiederbelebten **Recht-auf-Stadt-Bündnis (RaS)** auf nunmehr verbreiteter Basis weiterarbeiten wird. Teil des RaS-Netzwerks ist auch die **Initiative ESSO-Häuser**,

die sich jahrelang gegen den Abriss der Wohnhäuser an der Reeperbahn gewehrt und in einem einzigartigen Beteiligungsprozess um die Neubebauung gekümmert hat. Doch nachdem die in einem langwierigen Prozess ausgehandelten Pläne schon vor einiger Zeit ad acta gelegt wurden, sah sich die Initiative jetzt erneut zu einer sehr kritischen Erklärung veranlasst. Motto: »Demokratie – ersatzlos gestrichen!« In dem mehrseitigen Statement vom 30. April wird die Entwicklung seit 2009 noch einmal Revue passieren gelassen, um nunmehr endgültig den städtischen »Verrat am Beteiligungsprozess« zu konstatieren. Noch allgemeiner und umfassender ist ein zum 1. Mai vorgelegtes Papier der **Holstenareal-Initiative »...knallt am dollsten«**. Darin sind 13 »Forderungen für ein zukunftsfähiges Holstenareal« aufgeführt, die in ihrer Grundsätzlichkeit und Tonlage als eine einzige Ohrfeige für die hamburgische Stadtentwicklungspolitik interpretiert werden können. Nehmen wir nur mal einige Überschriften der »wilden 13«: 1. Wohnen ist ein Grundrecht; 2. Politischen Gestaltungsauftrag wahrnehmen – »Das regelt der Markt«: Denkstel!; 3. Wohnen muss bezahlbar sein; 4. Für ein inklusives Holstenquartier; 5. Altbauten erhalten – für ein geschichtsbewusstes Quartier ... Es lohnt sich, das ganze Statement zu lesen.



Von der Website der Holsten-Initiative

Wie die Hamburger Polizei meldet und der NDR bereits am 21. März berichtete, haben die **rassistisch motivierten Straftaten in Hamburg** in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ihre Zahl hat sich **von 115 Fällen (2021) auf 363 (2025) mehr als verdreifacht**. Allerdings betont die Polizei auch, dass sich durch das gestiegene Problembewusstsein die Aufmerksamkeit und damit verbunden auch das Anzeigeverhalten der Menschen verstärkt haben. Zu den besonders häufig auftretenden Erscheinungen zählen Beleidigungen, Bedrohungen, Beschimpfungen und Hasskommentare im Netz, Volksverhetzung wie öffentliche rassistische Äußerungen sowie Gewaltdelikte, also Angriffe auf Personen und Körperverletzungen. Ein erheblicher Teil der rassistischen Diskriminierung bleibt jedoch im Dunkeln und wird weder der Polizei noch Beratungsstellen zur Kenntnis gebracht.



Von der Website des NDR

**Der Rohstoffabbau in Amazonien** ist Gegenstand der Diskussion bei der nächsten Zusammenkunft der AG Welthandel und Entwicklung am **Dienstag, den 16. Juni**, um 18.00 Uhr im Büro der LINKEN (Burchardstraße 21, 4. Stock). Die AG der Hamburger LINKEN beschäftigt sich vierwöchentlich mit den internationalen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten auf unserem Erdball. Eine Anmeldung über die Mailadresse [ag-welthandel@die-linke-hamburg.de](mailto:ag-welthandel@die-linke-hamburg.de) hilft schon deshalb, weil darüber die Info über eine Zoomzuschaltung während der Veranstaltung erfolgt.

Wer sich mit der Hamburger Historie und Stadtentwicklung beschäftigen möchte, kommt um die **22 hiesigen Geschichtswerkstätten** nicht herum. Die »Barfußhistoriker«, wie sie in der Anfangszeit bisweilen etwas despektierlich genannt wurden, die Geschichte vor Ort betreiben und die Perspektive »von unten« einnehmen, sind seit der Aufbruchsära der 1970er-Jahre engagiert, zumeist unter prekären Bedingungen. Hamburg gilt als Ausgangspunkt und Zentrum der aus Schweden stammenden Bewegung auf deutschem Boden. Hier gibt es seit mehr als dreieinhalb Jahrzehnten u.a. das stadtwie verbreitete »Kiek mol!«-Programm, **das alljährlich ca. 250 Stadtteilrundgänge** auflistet. Am **Donnerstag, den 21. Mai**, lädt die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg zu einem **Vortrag** von Lena Langensiepen (Körper-Stiftung Hamburg) und einem anschließenden Gespräch mit Prof. Detlef Siegfried (Universität Kopenhagen) ein. Der Veranstaltungstitel lautet: **Geschichte für alle. Die Hamburger Geschichtswerkstätten in den 1980er- und 1990er-Jahren**. Beginn ist um 18.30 Uhr in der Forschungsstelle (Beim Schlump 83), der Abend wird aber auch online per Zoom übertragen. Hinzugefügt sei, dass in Kürze unter dem gleichnamigen Titel ein Buch von Lena Langensiepen im Metropol-Verlag erscheint.

**Gebäudepotenziale für Klima, Soziales und Geschichte** stehen im Mittelpunkt des nächsten Denkmalsalons am **Donnerstag, den 28. Mai**, um 19.00 Uhr im Kesselhaus in der Speicherstadt (Am Sandtorkai 30). Ingrid Spengler (Architektin und Stadtplanerin), Felix Zohlen (Anti-Abriss-Allianz) und Adam Filipiak (Bilton) – moderiert von Charlotte Oelschlegel (NDR, Deutschlandfunk) – diskutieren über die Frage, wie mit dem bestehenden Gebäudebestand als wertvolle Ressource in Zukunft umgegangen werden sollte.

Hamburg ist nach Berlin mit fast zwei Millionen Einwohner\*innen die zweitgrößte Stadt Deutschlands, Berlin hat nahezu doppelt so viele. Beide Metropolen boomen, so dass der Blick auf die Bundeshauptstadt gerade hinsichtlich des rapiden Bevölkerungswachstums und der damit einhergehenden Wohnungsproblematik manche Anregung bereithält. Vor allem ist die wohnungs- und mietenpolitische Bewegung an der Spree in vielfacher Hinsicht weiter und stärker als an der Elbe. Insofern bergen die Diskussionen auf der Konferenz **Sicher wohnen in Berlin. Der Markt regelt es nicht!** am **Freitag/Samstag, den 29./30. Mai**, sicherlich mannigfache Ideen und Argumente, die zum Vergleichen und ggfs. auch Übernehmen veranlassen könnten. Die Konferenz kann per Livestream am heimischen PC verfolgt werden.



**Wie geht eigentlich linke Schulpolitik?** Dieser Frage stellen sich die Teilnehmenden eines Workshops der Landesarbeitsgemeinschaft Schulpolitik der Hamburger LINKEN. Er findet am **Samstag, den 30. Mai**, von 12.00 bis 16.00 Uhr in den Fraktionsräumen (Burchardstraße 21, 4. Etage) statt. Die **fünf Workshops** drehen sich um die hamburgische Schulpolitik im Allgemeinen, um Klassenloses Lernen, die Schule für Alle, ein inklusives Schulgesetz und die Medienbildung als Schlüssel für Demokratie.



Europa-Interessierten bietet sich **noch bis zum 31. Mai** ein umfangreiches Veranstaltungsangebot im Zusammenhang mit den **Europawochen in Hamburg 2026**. Der traditionsreiche, europaweit begangene Event dürfte mit seinen rund 40 Veranstaltungen vor allem die Freund\*innen des »europäischen Gedankens« ansprechen. Ob Europa »gemeinsam auf Kurs« ist, sei aber mal dahingestellt. Höhepunkt der Wochen ist wohl **die lange Nacht Europas am Freitag, den 29. Mai**, die ab 17.00 Uhr an verschiedenen Orten in der ganzen Stadt begangen wird.

Das **Stadtradeln** ist in diesem Jahr vom ADFC und der Umweltbehörde für den **4. bis 24. Juni** angesetzt. Im Verbund mit Freund\*innen, Nachbar\*innen, Kolleg\*in-



Von der [ADFC-Homepage](#)

nen, Partner\*innen oder auch der Familie können und sollen Fahrradkilometer gesammelt werden. Das dient nicht nur dem persönlichen Spaßfaktor, sondern auch dem Klima. DIE LINKE ist auch mit einem eigenen Team dabei. Wer gerne mitfahren möchte, guckt [hier](#). Uriger Tipp von Katharina Fegebank, der Senatorin für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft und Schirmherrin der Kampagne Stadtradeln: »Fahren Sie mal Umwege!« Als Hauptgewinn lockt übrigens ein QiQ-AP8-Piano-Line-E-Bike. Nähere Infos und die Anmeldung gibt es auf der [Stadtradeln-Website](#).

Im Rahmen des Stadtradelns findet auch die von Hamburgs Umwelt- und Klimaverbänden organisierte **Fahrradsternfahrt 26** statt, und zwar am **Sonntag, den 21. Juni**, und damit auf den kalendarischen Sommeranfang. »Die Fahrradsternfahrt ist eine Demonstration«, heißt es im Aufruf der Veranstalter\*innen. »Hamburgs Radfahrende sehen staunend auf die Entwicklungen der letzten Jahre in anderen Städten wie Paris, Brüssel, Helsinki und wundern sich, warum es in der ‚Fahrradstadt‘ Hamburg so zögerlich vorangeht.« Wer mehr zu den **rund 80 Startpunkten und der Abschlusskundgebung am 21. Juni auf dem Jungfernstieg** erfahren möchte, muss sich noch etwas gedulden, da bis BB-Redaktionsschluss auf der zentralen [Aktionswebsite](#) noch die Daten der letztjährigen, 30. Fahrradsternfahrt eingespeist sind.

# Rechenschaftsbericht der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE über den Zeitraum 3/2025 bis 3/2026

Am 25./26. April fand der Landesparteitag der Hamburger LINKEN statt. Knapp 140 Delegierte berieten über die Lage in der Stadt und den weiteren Kurs der Partei. Wir hatten schon im letzten Bürger\*innenbrief den zur Abstimmung gestellten Leitantrag »Deine Stadt, Deine Stimme, Keine Spiele« aufgenommen – er wurde übrigens »mit überwältigender Mehrheit« beschlossen. Einen kurzen Bericht über den Parteitag gibt es auf der [Website der LINKEN](#).

In diesem BB geben wir als weiteres, anschauliches Dokument für die Hamburger LINKE den [Bericht der Linksfraktion](#) seit der Neuwahl vor gut einem Jahr wieder. Er wird regelmäßig auf dem Landesparteitag vorgestellt, um Rechenschaft über die geleistete Arbeit abzulegen.



Auf dem Parteitag Ende April im Musiksaal des Gewerkschaftshauses (Foto von der [Homepage der LINKEN](#))

## Antidiskriminierung (Hila Latifi)

Die gemeldeten Diskriminierungsfälle sind deutlich angestiegen. Seit 2019 haben sich die Fälle mehr als verdreifacht. Besonders betroffen sind Schwarze Menschen, Jüdinnen und Juden, Muslim\*innen sowie Sinti\*zze und Rom\*nja. Studien zeigen, dass Rassismus tief in gesellschaftlichen Strukturen verankert ist, etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Laut dem Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusthemonitor (NaDiRa) haben rassistisch markierte Menschen ein erhöhtes Armutsrisiko. Eine große Studie zu staatlichen Institutionen zeigt: Rassismus in Behörden ist meist unsichtbar eingebettet, in Regeln, Routinen und Entscheidungen, und nicht nur Ausdruck individuellen Fehlverhaltens. Unsere Anfrage für Hamburg macht deutlich, dass die Datenerhebung hierzu bislang nicht ausreichend ist. Langfristiges Ziel bleibt ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz nach dem Berliner Modell.

## Antiziganismus (Hila Latifi)

Die Antiziganismus-Strategie in Hamburg ist das Ergebnis eines langen politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements. Über viele Jahre hinweg haben insbesondere Selbstorganisationen von Sinti\*zze und Rom\*nja dafür gekämpft, dass Antiziganismus als strukturelles Problem anerkannt wird. Ein Jahr nach Inkrafttreten der Antiziganismus-Strategie stellen wir eine Große Anfrage zum Stand der Umsetzung. Die Situation der Community hat sich nicht verbessert – im Gegenteil: Antiziganismus nimmt zu, und viele wichtige Projekte sind weiterhin befristet oder von Kürzungen bedroht. Unser zentrales politisches Ziel bleibt daher der Abschluss eines Staatsvertrags, um Rechte, Schutz und Förderung verbindlich und dauerhaft abzusichern.

### **Arbeits- und Sozialpolitik (Olga Fritzsche)**

Seit der Wahl im März 2025 hat die Linksfraktion ihre arbeitsmarkt- und sozialpolitische Arbeit sichtbar ausgeweitet. Im Zentrum standen dabei Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation obdachloser Menschen, etwa Fragen des Hitzeschutzes und des Winternotprogramms. Wichtiger als die bloße Abmilderung der Folgen von Wohnungslosigkeit ist jedoch deren Vermeidung und Überwindung; hierzu hat die Fraktion mehrere Anfragen und Anträge eingebracht. In der Arbeitsmarktpolitik standen insbesondere der Umgang mit Sanktionen, die schwankende Förderung von Vermittlungs- und Bildungsmaßnahmen sowie die schwierige Lage von in den Arbeitsmarkt zugewanderten Menschen im Fokus. Leitend bleibt das Ziel einer sanktionsfreien Mindestsicherung und guter Arbeit für alle von Armut betroffenen Menschen.

### **Behörden (Xenija Melnik)**

Die Hamburger Behörden haben massive Probleme mit der Fluktuation. Ein Problembewusstsein dafür seitens des Senats ist aber nicht gegeben. Personalmangel ist teils der schlechten Bezahlung, teils mangelnder Fortbildungsangebote und veralteter Hierarchiestrukturen geschuldet. Dies wirkt sich erheblich auf die Arbeit der Behörden aus. Im Vergleich zur freien Wirtschaft erfolgt die Digitalisierung der Behörden schleppend. Wir kritisieren, dass die digitalen Möglichkeiten oft nicht niedrigschwellig, alternativlos und funktionell lückenhaft sind. Wir fordern eine niedrigschwellige digitale Möglichkeit, mit Behörden in Kontakt zu treten – unter Beibehaltung der analogen Formen.

### **Bezirke (Marco Hosemann)**

Bezirkspolitik ist von zentraler Bedeutung, da politische Entscheidungen hier unmittelbar vor Ort spürbar werden – etwa bei der Personalsituation in den Bezirksämtern oder beim Wegfall von Angeboten der sozialen Teilhabe. Vor diesem Hintergrund befassten wir uns insbesondere mit der angespannten Personalsituation in den Bezirksämtern und mit der Finanzierung der Bürgerhäuser. Ein besonderer Erfolg war die Sicherung der Finanzierung des Café Osborn in Zusammenarbeit mit Bezirksfraktion und Stadtteilgruppe. Dem Angriff des Senats auf die ohnehin schon begrenzte Hoheit der Bezirke, indem er das Bezirksverwaltungsgesetz so änderte, dass er Bezirksamtsleitungen zukünftig selbst einsetzen kann, haben wir per Antrag eine Direktwahl von Bezirksamtsleitungen entgegengesetzt. In der Bezirksrunde ging es vor Kurzem um die Kürzungen der SIN-Mittel und mit Blick auf die Haushaltsberatungen wird es weitere Treffen auch zu anderen Themen geben.

### **Denkmalschutz (Marco Hosemann)**

Bei der Auseinandersetzung um die Kühne-Oper geht es auch um die Zukunft der denkmalgeschützten Staatsoper. Der von Kühne vorgeschlagene Abriss zugunsten einer Neubebauung ist zwar vom Tisch, trotzdem gibt es berechtigte Sorgen um

die Zukunft des Denkmals, weil diese mit der Nachnutzung steht oder fällt. Natürlich hat uns auch die Schiller-Oper auf St. Pauli beschäftigt, die weiter vor sich hin rostet, weil der Senat sich von der Eigentümerin seit Jahren am Nasenring durch die Manege des ehemaligen Zirkusbaus führen lässt. Es gab zwar einen Teilerfolg, der die Sicherung der Metallkonstruktion möglich macht, aber das Areal ist damit noch lange nicht denkmalgerecht und im Sinne des Gemeinwohls entwickelt. Weiter kritisch begleiten werden wir die Entwicklung des denkmalgeschützten Fernsehturms und die geplanten Abrisse der Elbbrücken und der Köhlbrandbrücke.

### **Erinnerungskultur (Marco Hosemann)**

Angemessene Aufarbeitung und Erinnerung an Kolonial- und NS-Verbrechen sowie an rechtsextreme Gewalt nach 1945 sind für den Senat immer noch keine Selbstverständlichkeit. In Sachen Kühne-Oper haben wir auch aus erinnerungspolitischen Gründen zusammen mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis Druck gemacht. SPD und GRÜNE scheinen nicht aus Fehlern privatisierter Erinnerungskultur, wie beim Stadthaus, gelernt zu haben und sie am Hannoverschen Bahnhof und beim Lagerhaus G zu wiederholen. Wir werden dort und anderswo weiter für angemessene Erinnerung kämpfen und dafür, dass sie in öffentlicher Hand umgesetzt und auskömmlich finanziert wird. Außerdem beschäftigen wir uns mit dem Thema Raubkunst und »arisiertem« Eigentum, die Umbenennung von Kolonial- und NS-belasteten Straßen-, Platz- und Gebäudenamen sowie die Einführung des 8. Mai als Feiertag der Befreiung vom Faschismus.

### **Feminismus (Hila Latifi)**

Häusliche und partnerschaftliche Gewalt nimmt weiterhin zu und betrifft überwiegend Frauen\*. Die Täter stammen meist aus dem direkten sozialen Umfeld, häufig sind es (Ex-)Partner. Das zeigt: Gewalt gegen Frauen ist kein Randphänomen, sondern Ausdruck struktureller, geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse. Wir haben den Fachbereich Feminismus klar entlang des Wahlprogramms ausgerichtet, mit den Schwerpunkten Gewaltschutz, intersektionaler Feminismus und strukturelle Antidiskriminierung. Ein Fokus lag auf dem Ausbau von Gewaltschutzstrukturen. Dazu haben wir einen Runden Tisch initiiert und gemeinsam mit den autonomen Frauenhäusern die konkrete Lage in Hamburg aufgearbeitet. Das neue Gewalthilfegesetz wird erhebliche Veränderungen mit sich bringen – diesen Prozess begleiten wir aktiv. Parallel dazu haben wir das Parlament systematisch genutzt, um strukturelle Defizite sichtbar zu machen, etwa durch regelmäßige Anfragen zu Femiziden, die wir gemeinsam mit dem Antifemizide-Netzwerk auswerten. Unser Antrag zur Einrichtung einer unabhängigen Monitoringstelle hat eine breite politische Debatte angestoßen. Weitere Themen waren der Schutz vor sexualisierter Gewalt, die Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen, strukturelle Schutzlücken in öffentlichen Einrichtungen sowie Fragen der sexuellen Ausbeu-

tung im Kontext der Jugendhilfe. Im Landesfrauenrat bearbeiten wir aktuell die Themen Parität sowie Sexarbeit.

### **Flucht und Migration (Carola Ensslen)**

Im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bewohner\*innenproteste im Camp Schlachthofstraße haben wir die Forderung nach einer dezentralen, menschenwürdigen Unterbringung erhoben. In der Bürgerschaft haben wir die Abschaffung des Dublin-Zentrums beantragt und diese mit der Forderung nach einem generellen Ende der Abschiebepolitik und der rassistischen Sondergesetzgebung verbunden. Als einzig glaubwürdig migrationspositive Fraktion haben wir an der Vernetzung mit Trägern und Initiativen gearbeitet, haben Anfragen u.a. zur medizinischen Versorgung, zu Kürzungen bei SIN-Mitteln, zum Umgang des Senats mit schwangeren Migrant\*innen oder von Gewalt betroffenen Geflüchteten gestellt. Die kommenden Monate werden geprägt sein von den Härten der GEAS-Reform, die im Juni in Kraft tritt. Im September haben wir eine Veranstaltung zum Bezahlkartentausch im Rathaus organisiert. Eine gute Unterbringung, das AsylbLG und die Teilhabe Geflüchteter bleiben zentrale Themen unserer Arbeit.

### **Freiwilliges Engagement (Carola Ensslen)**

(Auch) Freiwilliges Engagement darf nicht vom sozialen Status oder anderen individuellen Merkmalen abhängig sein. Wir haben uns in der Ehrenamts-Szene vernetzt und setzen uns dafür ein, dass finanzielle Kürzungen gerade für kleinere Vereine oder generell für Vereine, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, abgewendet werden. Diese gilt es hingegen zu stärken, ohne dass beim hauptamtlichen Engagement (z.B. im sozialen oder kulturellen Bereich) parallel gekürzt wird.

### **Frieden und Europa (David Stoop)**

Der Gleichschritt von Aufrüstungsbeschlüssen und Kürzungen im Sozialen (im Rahmen der EU wie auch im Bund) wurde von uns immer wieder deutlich gemacht. Die »geistige Zeitenwende« hat aber noch weitere Folgen: Die Bundeswehr greift über Werbung an Schulen und im öffentlichen Raum immer weiter aus. Über Militärmärsche (z.B. zu Karfreitag) und öffentliche Feste zum Veteranentag zieht der Militarismus immer weitere Kreise, während Rheinmetall seine Präsenz im Hafen ausbaut und immer mehr Betriebe auf Rüstungsproduktion umstellen. Diese Politik des Kriegskeynesianismus haben wir in der Bürgerschaft und auf der Straße scharf kritisiert, Anträge zur Rüstungskonversion und Abrüstung gestellt und sind vom Ostermarsch über Aktivitäten gegen den Veteranentag und das Red-Storm-Bravo-Manöver als integraler Teil der Friedensbewegung aufgetreten. Mit zahlreichen Veranstaltungen zu Völkerrecht (Iran, Venezuela, Palästina) und den Folgen von Aufrüstung sowie gegen die drohende Wehrpflicht haben wir unsere Positionen offensiv in die Öffentlichkeit getragen.

### **Gesundheit (Deniz Celik)**

Einer unserer Schwerpunkte war der Kampf gegen die Schließung des Krankenhauses Groß-Sand in Wilhelmsburg und die Sicherung der Versorgung dort. Der Senat hat es nicht nur versäumt, das Krankenhaus in die öffentliche Hand zu überführen (wir haben die Übernahme durch das UKE befürwortet), sondern sich auch nicht um eine Versorgungsplanung für den Fall einer Schließung gekümmert. Ein weiteres großes Thema ist die ungleiche Verteilung der ärztlichen Praxen in der Stadt. Die Unterversorgung von Steilshoop sticht hier besonders hervor: Nach Schließung des investorengestützten Miamedes-MVZ ist die Situation katastrophal. Wir haben deshalb einen erneuten Antrag für ein städtisches MVZ gestellt.

### **Hafen/Gewerkschaften/Öffentliche Unternehmen (Kay Jäger)**

Der Schwerpunkt unserer hafenpolitischen Arbeit lag auf langfristigen Hafenentwicklungsthemen (z.B. Westerweiterung) sowie auf dem Themenkomplex HHLA/MSC. Im Arbeitsbereich Gewerkschaften standen u.a. der Arbeitsschutz sowie die Arbeitsbedingungen in der Lieferbranche im Fokus, etwa im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung »Ausgeliefert?« oder der Anträge für eine Taskforce Lieferdienste« und für die Einrichtung eines »Fair Work«-Portals. Parallel dazu haben wir die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften und Beschäftigten ausgebaut. Weiter bearbeiten werden wir die ausstehende Novellierung des Vergabegesetzes. Im Bereich der Öffentlichen Unternehmen standen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Mittelpunkt. Die Wahlkreisarbeit war u.a. durch die Abwicklung des Krankenhauses Groß-Sand geprägt.

### **Haushalt und Finanzen (David Stoop)**

Noch vor der Bundestagswahl wurden im Bundestag die Sondermittel für Aufrüstung sowie für Infrastrukturprojekte der Länder verabschiedet. Diese wurden von der LINKEN scharf kritisiert. Entsprechende Anträge auf Umwidmung der für das Militär vorgesehenen Sondermittel wurden auch von unserer Fraktion in Hamburg eingebracht. Im Herbst 2025 wurden auf Bundesebene Steuersenkungen für Konzerne beschlossen. Gegen unseren energischen Widerstand haben SPD und GRÜNE der Senkung der Körperschaftssteuer im Bundesrat zugestimmt. Gleichzeitig wurden in Hamburg Mittel für Hochschulen, Jugendangebote und Geflüchtete zusammengestrichen, während für einen Drohnencluster und den Ausbau panzerfester Straßen Gelder bereitgestellt werden sollen. Diese Fehlentwicklung und den Zusammenhang von Aufrüstung und einer Politik der Sozialkürzungen werden wir auch in den anstehenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2027/2028 zum Kern unserer Oppositionsarbeit machen.



© Pressestelle der Linksfraktion Hamburg

### **Inklusion (Tom Meyer)**

Hier war ein wichtiger Schwerpunkt, das jahrzehntelange Leid der Gehörlosen an den Hamburger Gehörlosenschulen weiter öffentlich zu machen. Zusammen mit SPD, GRÜNEN und CDU haben wir im Juli 2025 geschafft, dass das Unrecht in der Bürgerschaft anerkannt wurde und es neben der Entschuldigung aller Fraktionen und des Senats auch eine Aufarbeitung in Hamburg gibt. Ein Austausch mit dem Gehörlosenverband in Hamburg hat weitere Probleme sichtbar gemacht, wie zum Beispiel die Sozialberatung auf Gebärdensprache, die Unterstützung bei der Wohnungssuche, den Ausbau oder Neubau eines Altenheims für gehörlose Menschen. Es gibt zwar in Hamburg ein Altenheim für Gehörlose, aber hier gibt es eine lange Warteliste. Daher ist ein Ausbau oder zweites Altenheim dringend nötig. Auch in Sachen Sehbehinderte Menschen und nicht-sichtbare Behinderungen sind wir gerade dabei, neue Projekte aufzubauen. Dazu arbeiten wir aktiv in der LAG Inklusion mit.

### **Innenpolitik (Deniz Celik)**

Im Fachbereich Innenpolitik organisierten wir gemeinsam mit dem Forschungsnetzwerk Sicherheit & Polizei und der Braun-Weißen Fanhilfe eine eintägige Konferenz zur Kritik an der Polizei mit über 100 Teilnehmenden, Workshops, Vorträgen und Podiumsdiskussionen. In der Bürgerschaft setzten wir uns für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens der AfD ein, stießen dabei jedoch auf den Widerstand des Senats. Zum 40. Todestag von Ramazan Avci erinnerten wir im Rathaus an die rassistischen Hintergründe seiner Ermordung und die Fehler

bei der staatlichen Verfolgung der Tat. Auch künftig werden wir die Polizeiarbeit kritisch begleiten und für die Demokratisierung der Polizei streiten. Zudem wollen wir die neugegründete LAG Innenpolitik in ihrer Arbeit unterstützen.

### **Innenpolitik/Fanrechte/Rettungswesen/Brand- & Katastrophenschutz (Martin Wolter)**

Die zunehmende Repression gegen Fußballfans begleiten wir kritisch z.B. mit Anfragen oder bei brisanten Spielen wiederholt auch als Parlamentarische Beobachter\*innen. Dieses Themenfeld wird einer unserer Schwerpunkte bleiben. Im September 2025 richteten wir den kritischen Polizeikongress im Hamburger Rathaus mit aus. Mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Hamburger Feuerwehr sind wir im Austausch, um die Strukturen und Arbeitsrechte der Feuerwehren zu stärken. Im kommenden Jahr planen wir zudem, uns für einen verbesserten Katastrophenschutz in der Stadt einzusetzen. Darüber hinaus sitzen wir im Eingabenausschuss sowie in der Hamburger Härtefallkommission.

### **Integration (Hila Latifi)**

Die Kürzungen auf Bundesebene treffen insbesondere integrationspolitische Maßnahmen. Auch in der Fortschreibung des Hamburger Integrationskonzepts wurden Mittel gekürzt, was vor allem Projekte für geflüchtete Kinder und Jugendliche betrifft. Wir haben uns daher einem interfraktionellen Antrag zu den Kürzungen bei Integrationskursen angeschlossen. Darüber hinaus fordern wir eine Neuausrichtung des Integrationskonzepts, das nun seit fast 10 Jahren fortgeschrie-

ben wird. Die gesellschaftlichen und migrationspolitischen Rahmenbedingungen haben sich seitdem erheblich verändert. Für diesen Prozess setzen wir uns intern mit einer kritisch-analytischen und antirassistischen Perspektive und einem Integrationskonzept auseinander.

### **Justiz (Jan Libbertz)**

Die Fraktion hat sich in der Justizpolitik mit zentralen Fragen von Gerechtigkeit und Teilhabe beschäftigt. Thematisiert wurden die Ausbildungsbedingungen im Jurastudium, etwa Geschlechtsunterschiede bei der Benotung im Staatsexamen sowie lange Wartezeiten auf das Referendariat. Außerdem haben wir uns für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit eingesetzt und die Haftbedingungen in Hamburg kritisch begleitet. Künftig wollen wir die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein voranbringen.

### **Kinder/Jugend (Jan Libbertz)**

Im Bereich Familien-, Kinder- und Jugendpolitik ist unser zentrales Ziel aus unserem Wahlprogramm die KIJU-Karte. Dafür vernetzen wir uns mit Akteur\*innen in der gesamten Stadt und klären per Fragebögen Potenziale und Hürden. Kinderfeste machen die Idee sichtbar und sammeln Vorschläge, was für Kinder gratis sein soll. Parallel unterstützen wir Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) kampagnenorientiert mit Besuchen, Social-Media-Videos sowie einer Expert\*innen- und Senatsanhörung zur Kritik an der Politik des Senats.

### **Kita (Tom Meyer)**

Im Jahr nach der Wahl haben wir viele Kontakte zu Organisationen und Trägern aufgebaut. Unser größtes Projekt war die Kita Elfenwiese in Harburg. Hier haben wir zusammen mit der Bezirksfraktion Eltern, Erzieher\*innen und Mitstreiter\*innen bei Demos begleitet. Außerdem haben wir einen Antrag in die Hamburger Bürgerschaft eingebracht zum Erhalt dieser wichtigen Kita. An dem Thema bleiben wir dran und es gibt einen weiteren regen Austausch mit den Akteur\*innen. Es sind auch weitere Demos geplant, ein Bündnis zur Rettung der Elfenwiese wurde gegründet, welches wir begleiten und unterstützen werden. Um nah an den Problemen zu bleiben, arbeiten wir in der AG Eltern und Kind mit. Hier planen wir im November 2026 in Steilshoop ein Laternelaufen, um die Sichtbarkeit im Wahlkreis weiter zu erhöhen. Als zweites großes Projekt ist Ende 2025 die Schließung der Praxisausbildungsstätten dazugekommen. Zusammen mit Sabine Ritter und den Harburger LINKEN versuchen wir hier den Angestellten zur Seite zu stehen. Um sie zu unterstützen, ist demnächst ein Antrag in der Bürgerschaft geplant.

### **Klima - mit Energie (Stephan Jersch)**

Im Zuge des erfolgreichen Hamburger Zukunftsentscheids muss der Hamburger Klimaplan überarbeitet werden. An dieser Stelle war uns die Einbindung der Bevölkerung in diesen

Prozess wichtig, weshalb wir zwei Anträge zur Einrichtung eines Bürger\*innenrates gestellt haben. Zukünftig wollen wir Anträge zur Umsetzung des Zukunftsentscheids einbringen und sind da u.a. mit der LAG Klimagerechtigkeit im Austausch. Außerdem haben wir Anträge zur Carbon-Managementstrategie des Senats (CCS/CCU) gestellt und zum Rückkauf der Fernwärmenetze, die nicht den Hamburger Energiewerken gehören. In nächster Zeit wird die Auseinandersetzung bezüglich der Bewerbung für die Olympischen Spiele entscheidend sein. Nach Auffassung des Senats kann Hamburg allein durch die Ausrichtung der Spiele bis 2040 klimaneutral werden, außerdem sollen die Spiele klimapositiv sein. Weiterhin wird auch die kommunale Wärmeplanung Thema sein.

### **Kultur (Marie Kleinert)**

Seit der Wahl setzen wir uns entschieden für eine inklusive, barrierefreie Hamburger Kultur ein. Wir stehen in intensivem Austausch mit Akteur\*innen der Stadtteilkultur, Bücherhallen, Clubkombinat und Freier Szene, haben Social-Media-Kampagnen, z.B. zu #seeforfree und freien Eintritt in Museen initiiert und den Erhalt des Café Osborn im Bürgerhaus Osdorf unterstützt. Zu unseren Anträgen zählen öffentliche Park-Tanzflächen und die Einführung eines Kulturpasses für Hamburg sowie ein Grundeinkommen für Künstler\*innen. Weiterhin planen wir verbindliche Honoraruntergrenzen, Stärkung von Diversität und Teilhabe für alle, Ausbau Kultur&Schule sowie den Schutz von Produktions- und Clubräumen für zugängliche, vielfältige Stadtteilkultur.

### **Landwirtschaft (Stephan Jersch)**

Am Beispiel einer Pferdepension in Rissen, für die ein Milchhof sein Betriebsgelände räumen musste, haben wir erneut deutlich gemacht, dass die Stadt ein modernes Grundstücksverkehrsgesetz braucht, um Flächen für die Landwirtschaft in der Stadt zu erhalten. Weiterhin haben wir eine Große Anfrage mit 75 Fragen zum Thema Landwirtschaft an den Senat gerichtet. Dabei wurde deutlich, dass die Stadt bei der Stärkung der Landwirtschaft insgesamt, besonders auch bei der Förderung des ökologischen Landbaus, nachlegen muss. Ein weiteres Thema, das uns weiterhin begleiten wird, ist die Forderung nach Versorgung mit regionalen Produkten in Kantinen der Stadt, z.B. in Schulen, Kitas und städtischen Betrieben.

### **Medien (Marie Kleinert)**

Seit der Wahl kämpfen wir für eine unabhängige, vielfältige Medienlandschaft. Wir haben mit TIDE/FSK (z.B. auf unserer Veranstaltung »Die Zukunft des freien Radios«) gesprochen, begleitet den Medienstaatsvertrag kritisch und brachten einen Zusatzantrag zu besseren Arbeitsbedingungen bei Streamingdiensten ein. Weiter setzten wir uns für die Sicherung der Bürger\*innenmedien, die Stärkung von öffentlich-rechtlichen Sendern, Geschlechterquoten im NDR und ethische Prüfungen privater Sender ein.

### **Militarisierung (David Stoop)**

Die Militarisierung hat negative Auswirkungen auf Beschäftigte und Patient\*innen. Wir haben dazu anlässlich des NATO-Manövers »Red Storm Bravo« informiert und die Veranstaltung »Kliniken als Kasernen. Was Militarisierung für Beschäftigte & Patient\*innen bedeutet« organisiert.

### **Netz/Digital/Datenschutz (Marie Kleinert)**

In der Netz-, Digital- und Datenschutzpolitik begleiten wir Hamburgs Digitalisierung kritisch, mit klarem Fokus auf Open Source und digitale Souveränität. Dabei kritisierten wir Risiken von Microsoft-Software in Behörden und forderten stärkere Betroffenenrechte. Wir prüfen den Digitalen Zwilling auf Auswirkungen für Planungsbüros und setzen uns gegen US-Zugriffsrisiken sowie für Transparenz bei KI-Projekten ein. Geplant ist eine Offensive für Open-Source-Angebote, ein landesweites Recht auf Internet mit Zuschüssen zur Teilhabe, klare Regulierungen für Künstliche Intelligenz, Konzepte gegen Desinformation und öffentliche Netzsicherheit. Besonders wichtig ist die Stärkung des Datenschutzbeauftragten, das Verbot biometrischer Gesichtserkennung, keine Predictive-Policing-Software und strikte Begrenzung von Big Data bei der Polizei.

### **Queer (Carola Ensslen)**

Zu unseren Schwerpunktthemen gehörten die Finanzierung eines queeren Familienzentrums und einer Schutzunterkunft für queere Geflüchtete. Wir haben eine Filmvorstellung samt Podiumsdiskussion mit einer Vertreterin des Vereins Queere Familien Hamburg e.V. organisiert. Beim CSD waren wir mit einem eigenen Lkw auf der Demo präsent und haben mit der Partei gemeinsam einen großen Stand auf dem CSD-Straßenfest besetzt – der so erfolgreich und gefragt war wie noch nie. Bei der Podiumsdiskussion der queerpolitischen Sprecher\*innen im mhc gab es viel Zuspruch für unsere queerpolitischen Positionen. Weiterhin haben wir uns eingesetzt für eine verbesserte Beteiligung älterer Queers durch Sitze im Landes-senior\*innenbeirat, für die Fortführung des Projekts »Älter werden unterm Regenbogen«, verbesserte queere Pflege sowie die Aufarbeitung des historischen Unrechts an lesbischen Müttern durch Sorgerechtsentzug.

### **Religion (Sabine Ritter)**

In der Religionspolitik lag ein Schwerpunkt auf Vernetzung und Vertrauensbildung mit den religionspolitischen Akteur\*innen in Hamburg. In Gesprächen und Austauschformaten konnten bestehende Kontakte vertieft und neue aufgebaut werden. Zudem haben wir die Kampagne zur Einführung eines säkularen Alternativfaches zum »Religionsunterricht für alle« in den Klassen 1 bis 6 begleitet und unterstützt.

### **Schule / Bildung (Sabine Ritter)**

Die Schulpolitik ist geprägt von der Verwaltung des Status quo: Hamburg hat sich mit dem Nebeneinander von Stadtteil-

schulen und Gymnasien eingerichtet; für unser Konzept »Eine Schule für alle« ist die Stadtgesellschaft gerade kaum erreichbar. Dabei ist Bildungsungerechtigkeit nach wie vor ein zentrales Problem. Das Zwei-Säulen-Modell zementiert die soziale Ungleichheit. Den Stadtteilschulen werden Aufgaben wie Inklusion überlassen – ohne dass sich das in den zugewiesenen Ressourcen spiegelt. Viele Eltern verzweifeln bei der Suche nach geeigneter Schulbegleitung. Entsprechend intensiv sind wir mit Elternverbänden, aber auch mit der Schüler\*innenkammer und mit einzelnen Schulen im Gespräch. Regelmäßig im Austausch sind wir zudem mit Rechenschaftsbericht bildungspolitisch relevanten Akteur\*innen wie der GGG, der GEST, der Eltern- und der Lehrer\*innenkammer, dem Fachschaftsrat Lehramtsausbildung, der GEW usw. Derzeit spielt das Thema »Demokratiebildung« in den bildungspolitischen Diskussionen eine zentrale Rolle. Aber wir engagieren uns nicht nur für die Moral, sondern auch fürs Fressen: Unter Rot-Grün kostet ein reguläres Schulesen mittlerweile mehr als fünf Euro. Nicht einmal eine von uns beantragte Rücknahme der letzten Preiserhöhung ist aus Sicht von Rot-Grün drin. Auch die Lage der Auszubildenden in Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Hamburg ist als Ausbildungsstandort unattraktiver geworden. Eine Ausbildungsumlage, ähnlich wie in Bremen, werden wir erneut beantragen. Die ersatzlose Schließung der Ausbildungs-Kitas lehnen wir ab. Daher haben wir in Zusammenarbeit mit Beschäftigten und Eltern ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung beantragt.

### **Senior\*innen/Pflege (Deniz Celik)**

Im Kampf gegen die Altersarmut haben wir ein verbilligtes Deutschlandticket für Senior\*innen beantragt. Besorgniserregend ist weiterhin die Lage in der Pflege. Aufgrund von Fachkräftemangel müssen immer mehr Heime schließen. Wir haben deshalb einen Antrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gestellt. Der letzte seniorenpolitischen Empfang war zum Thema »Gute Pflege braucht Alternativen von links!«.

### **Sportpolitik (Martin Wolter)**

Die meiste Energie haben wir im ersten Jahr gegen die drohende Olympia-Bewerbung Hamburgs gesteckt. Parallel befindet sich die LAG Sportpolitik auf unsere Initiative hin in Gründung, in der zukünftig die sportlichen Themen der Stadt politisiert und aus linker Perspektive diskutiert werden sollen. Als kommende Schwerpunkte sind die defizitären Situationen des Schwimm- und Eissports in Hamburg vorgesehen. Egal ob Freizeit- oder Spitzensport: Die Vereinbarung sportlicher Aktivitäten mit dem Alltag unabhängig von individuellen Voraussetzungen ist das Ziel, auf das wir weiter hinarbeiten werden.

### **Stadtentwicklung (Marco Hosemann)**

Hier beschäftigen uns vor allem milliardenschwere Prestigeprojekte wie Elbtower, Kühne-Oper und Olympia. Bevor der

Senat den Teilkaufl des Elbtowers in der Bürgerschaft durchwinken lassen will, steht eine Akteneinsicht an. Dabei werden wir u.a. Belege dafür suchen, dass der Senat die Unterbringung des Naturkundemuseums an anderen Standorten nicht ergebnisoffen geprüft hat. Auch die Oper von Kühne ist noch lange nicht gebaut: Seine Stiftung prüft gerade die genauen Kosten und kann von dem Vertrag zurücktreten, wenn es zu teuer wird. Außerdem haben wir uns viel mit dem »Bauturbo« beschäftigt und müssen das auch in den nächsten Jahren tun, weil der Senat die Änderungen des Baugesetzbuches nicht im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung nutzen will, sondern weiterhin nur auf teuren Neubau von Investor\*innen setzt.

### **Städtepartnerschaften (Marie Kleinert)**

Für lebendige Städtepartnerschaften kritisierten wir Budgetkürzungen von 530.000 (2024) auf 368.000 Euro (2025). Unsere Kleinen Anfragen zu Projekten und Jugendaustauschen fordern mehr Transparenz über Förderkriterien und Beteiligung ein. Weiter intensivierten wir unseren Einsatz für Jugendaustausche und die Einbindung unterrepräsentierter Gruppen – als solidarische Alternative zu restriktiver EU-Förderlogik. Zur Städtepartnerschaft mit St. Petersburg fordern wir, die Brücken zu den Menschen und staatsunabhängigen Akteur\*innen aufrechtzuerhalten und zu stärken.

### **Technologiepolitik (Xenija Melnik)**

Die Welt ist im Wandel, doch allmählich wird erkannt, dass der technologische Fortschritt nicht immer nur positive Folgen hat. Der Hamburger Senat nutzt die technologische Vielfalt, um die Verteidigung zu stärken. So werden besonders Firmen gefördert, die sich mit KI-Verteidigungsmethoden beschäftigen – ohne städtische Kontrollen, ohne Transparenz gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit. Auch begrüßt der Senat die europäische Initiative, den Luftraum für mit Kameras ausgestattete Drohnen zu ergänzen. Wir als Linksfraktion kritisieren diese Fortschrittsgläubigkeit und stellen die Frage, wer vom technologischen Fortschritt tatsächlich profitiert.

### **Tierschutz (Stephan Jersch)**

Dauerthemen im Bereich des Tierschutzes, die immer wieder durch Anfragen durch uns flankiert wurden, sind das marode Tierheim des Hamburger Tierschutzvereins, die Situation der Stadtauben sowie die auch in Hamburg Rechenschaftsbericht immer noch stattfindenden Tierversuche. Weitere Themen, die durch uns bewegt wurden, waren der Verkauf von Wildfleisch aus dem Wildgehege Klövensteen, das Imkereiwesen sowie die Rolle des Tierschutzes bei den Olympiaplänen des Senats. Auch dem Thema Wildtiere haben wir uns weiterhin gewidmet, z.B. mussten wir gegen die Schießwut der CDU argumentieren, hierzu haben wir mit einem Antrag gefordert, dass das Konzept Hamburgs zum Umgang mit dem Wolf tiergerecht angepasst wird.

### **Tourismus (Marco Hosemann)**

Hier haben wir bisher größtenteils reagiert: auf Anträge von CDU und Senat zur Förderung des Tourismus und auf Presseanfragen wie die von der Süddeutschen Zeitung zu Kreuzfahrttourismus. Dabei haben wir uns für eine nachhaltige Entwicklung des Tourismus ausgesprochen und vor Übertourismus und seinen Folgen gewarnt: überlastete Infrastruktur und genervte Hamburger\*innen, die wachsende Zahl an Ferienwohnungen und der Bau von Hotels statt Wohnungen. Um das Thema in eine breitere Öffentlichkeit zu bringen, planen wir eine Veranstaltung mit Katalin Gennburg, der tourismuspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und betroffenen Hamburger\*innen. Außerdem planen wir einen Antrag, mit dem wir Schul- und Jugendgruppen von der Kultur- und Tourismustaxe befreien wollen.

### **Umwelt - mit Nachhaltigkeit (Stephan Jersch)**

Im Bereich Umwelt ist ein Antrag zur Erhöhung des Anteils von Bannwäldern in Planung. Zudem begleitet uns das Thema Entsiegelung, bei dem die Stadt immer noch auf ein Entsiegelungsprogramm wartet. Stattdessen fordert Hamburg die Stadt Bremen zu einem Wettbewerb in Sachen Abplastern auf, stattdessen aber die Bezirke nicht mit entsprechenden Personal- und Finanzmitteln aus. Im Bereich Umwelt haben wir außerdem Anträge zu (stillem) Feuerwerk und zur Einführung einer Verpackungssteuer gestellt, die durch einen Austausch mit dem BUND entstanden. Wir haben einen Antrag zur Einrichtung eines Landesklingergartenbeirates eingebracht, um das Kleingartenwesen in der Stadt zu stärken. Außerdem beschäftigen wir uns im Rahmen von Anfragen mit den geplanten Infrastrukturmaßnahmen, bei denen die Stadt versucht, bisher stadteigene Strom- und Wasserleitungen auf die Kleingartenvereine zu übertragen.

### **Verkehr (Heike Sudmann)**

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Unvermindert streiten wir für mehr ÖPNV, bessere Fuß- und Radwege, Tempo 30 und eine sozialgerechte Mobilität(swende). Bis 2030 sollen alle Hamburger\*innen innerhalb von 5 Minuten eine Haltestelle erreichen können – dieses Wahlversprechen von Bürgermeister Tschentscher aus 2019, geschickt täuschend als »Hamburg-Takt« bezeichnet, fährt gerade gegen die Wand. Statt die Verbesserungen im Busverkehr und im U-Bahn-Takt endlich zu realisieren, gibt es ein Parkplatzmoratorium. Das ist die Mobilitätswende à la SPD. Um die Misserfolge zu kaschieren, wird nun die Olympia-Bewerbung als Heilmittel (bzw. »Booster«) für die großen Verkehrsprojekte hochgehalten.

### **Wirtschaft - ohne Arbeit und Hafen- (Xenija Melnik)**

Die KMU (kleine und mittelständische Unternehmen) verlieren ihren politischen Rückhalt, worauf sich DIE LINKE konzentrieren will. Wir haben diverse Anfragen an den Senat bezüglich der Corona-Hilfen gestellt. Durch die Rückforderungsbescheide der Corona-Hilfen waren vor allem kleine

Unternehmen überfordert, die teils sehr hohen Summen zurückzahlen. Sie belaufen sich auf insgesamt 358 Mio. € in Hamburg. Während der Pandemie waren diese Hilfen oft ihre einzige Einnahmequelle. Wir fordern weiterhin, dass die Stadt hier mehr Unterstützung bieten soll. Vor allem (familiengeführte) Gastronomiebetriebe haben es im Wirtschaftsverkehr schwer. Durch eine Anfrage an den Senat kritisieren wir die behördliche Bürokratie, durch die vor allem kleine Betriebe benachteiligt werden.

### **Wissenschaft (Sabine Ritter)**

Wir kämpfen für eine ausfinanzierte Hochschullandschaft, die Hochschulautonomie überhaupt erst möglich macht. Dazu sind wir in engem Kontakt mit Studierenden, Lehrenden, Mitarbeitenden, Personalräten, mit dem AStA, dem StuPa und weiteren Akteur\*innen. An den Hochschulen wird vom Senat derart mit dem Rasenmäher gekürzt, dass die Qualität von Studium und Lehre in Hamburg gefährdet ist: Es steht die Studierbarkeit ganzer Studiengänge auf dem Spiel. Wir haben dazu etliche Anfragen gestellt, haben uns an den Hochschulprotesten aktiv beteiligt, gemeinsam mit dem StuPa und mit TV Stud auch auf Social Media dafür geworben. Wir haben mit den Lehrenden für den Erhalt des Zentrums für Disabi-

lity Studies (ZediS) gekämpft und diese Auseinandersetzung in die Bürgerschaft getragen. Unabhängig von der Exzellenzinitiative braucht Hamburg ausfinanzierte Hochschulen, die allen Studierenden gute Studienbedingungen und allen Angestellten gute Arbeitsbedingungen bieten. Die Rechte von studentisch Beschäftigten müssen gestärkt werden, z.B. mit einem Tarifvertrag. Auch hier hinkt Hamburg im bundesweiten Vergleich hinterher.

### **Wohnen/Miete (Heike Sudmann)**

Die Mietwucher-App der LINKEN setzte den Senat so unter Druck, dass er noch im Februar 2025 einen eigenen Mietenmelder einrichtete und eine Meldestelle versprach, die sich nur darum kümmert. Ein Jahr später ist die Meldestelle mit ursprünglich zwölf Stellen für vier Bezirke auf eine »task force« mit sechs Stellen für ganz Hamburg geschrumpft. Wohl gemerkt nur auf dem Papier, denn bisher sind die Stellen noch nicht besetzt. Ohne unseren Druck würde es nicht mal diese sechs Stellen geben. Der Senat lässt die Mieter\*innen einfach im Regen stehen. Mit unserer Mietenkampagne halten wir in Hamburg und bundesweit dagegen. Gemeinsam mit den Bezirksfraktionen machen wir den Leerstand und die Zweckentfremdung von Wohnungen immer wieder öffentlich.

## **Chronologischer Bericht | 2025 Februar/März**

Bei der Bürgerschaftswahl am 2.3. erreicht die Hamburger LINKE 11,2 Prozent der Stimmen. Bei der Bundestagswahl am 23.2. hatte sie sogar 14,4 Prozent erreicht. Die neue Fraktion besteht aus 15 Abgeordneten. Deniz Celik, Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch, David Stoop und Heike Sudmann wurden bestätigt, neu dazu kommen Marco Hosemann, Kay Jäger, Marie Kleinert, Hila Latifi, Jan Libbertz, Xenija Melnik, Thomas Meyer, Sabine Ritter und Martin Wolter. Ausgeschieden sind Norbert Hackbusch, Sabine Boedinghaus, Insa Tietjen und Ivy May Müller. Cansu Özdemir wechselt in den Bundestag. Den neuen Fraktionsvorstand bilden Heike Sudmann und David Stoop (gleichberechtigte Ko-Vorsitzende), Stephan Jersch (Stellvertreter und Parlamentarischer Geschäftsführer) und Xenija Melnik. Stellvertretender Bürgerschaftspräsident wird erneut Deniz Celik.

Kurz vor der Wahl haben SPD und GRÜNE versprochen, eine Anlaufstelle gegen Mietwucher auf den Weg zu bringen. Anlass ist offenbar die erfolgreiche App der linken Bundestagsgruppe. Ende Januar hatten bereits 13.000 Mieter\*innen damit ihre Miete überprüft, 381 Fälle wurden dem Bezirksamt gemeldet.

Ebenfalls kurz vor der Wahl vorgestellt haben wir unsere Idee eines Hauptbahnhofentlastungstunnels, der den Hauptbahnhof mit vier zusätzlichen Bahnsteiggleisen entlasten soll und vergleichsweise kostengünstig und einfach zu realisieren wäre.

Nach mehr als vier Jahren ist der PUA zum Cum-Ex-Skandal zum Abschluss gekommen. Unsere Fraktion hat die Erkenntnisse zum Steuerraub der HSH Nordbank in einem 35-seitigen Bericht zusammengefasst.

Nach der gemeinsamen Abstimmung von CDU und AfD im Bundestag protestieren Hunderttausende Hamburger\*innen vor den Parteizentralen von CDU und AfD, Menschenketten, Demo-Diskotheke, »Solidarity Will Win« und gegen die AfD-Wahlkampfveranstaltungen etwa in Harburg. Die Fraktion beteiligt sich an den Protesten.

Die Studie »Demokratiebezogene Einstellungen und Wertehaltungen innerhalb der Polizei« zeigt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unter Polizist\*innen weit verbreitet ist. Unsere Fraktion erneuert aus diesem Anlass ihre Forderung nach einer unabhängigen Beschwerdestelle und verbindlichen Antirassismus-Schulungen für Polizeikräfte.

In Rahlstedt hat der rot-grüne Senat ein »Dublin-Zentrum« eröffnet, das Abschiebungen erleichtern soll. Eine Anfrage unserer Fraktion zeigt, dass dort entgegen früherer Ankündigungen auch Kinder, Frauen und Erkrankte untergebracht werden sollen. Aus diesem Anlass fordern wir erneut die Schließung des »Dublin-Zentrums«.

Gegen die Festnahme des Istanbuler Bürgermeisters und anderer Oppositioneller in der Türkei gibt es auch in Hamburg Proteste, an der sich unsere Fraktion zusammen mit SPD, GRÜNEN und CDU beteiligt.

Eine Glosse fast zum Schluss:

## Sollte der Blackrocker zum Sozialisten mutiert sein?

Von **Monika Schmidt**

Mal ganz naiv gefragt: Wenn uns versichert wird, dass die kapitalgedeckte Rente die Zukunft ist, müssten doch die Aktien vergesellschaftet werden – oder?

Selbst theoretisch klappt das nur mit der Rente, wenn viele Menschen an vielen – sinnvollen – Anlagen beteiligt sind? Denn, was nützen mir Gewinnausschüttungen als Kleinaktionär\*in?

Mal angenommen ich verfüge sogar über Aktienpakete der in der Vergangenheit so erfolgreichen Autoindustrie: Die sind doch morgen nix mehr wert!! Wer in der Welt, der bei Verstand ist, kauft noch Benziner???

Investiere ich in den Immobilienmarkt, bringt das nur Gewinn durch Billigbauweise und mit höheren Mieten. Auch im Einzelhandel braucht es gute Gewinnspannen. Und gelingt es sogar, aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten die Löhne zu erhöhen, schmälert das die Gewinne der Arbeitgeber. Denn die sind doch ein Problem, sagt Merz.

Wenn ich mir als Aktionär\*in all die Firmen vor Augen führe, die in den letzten Jahren aufgeben mussten ... sicher

scheint im Moment nur die Rüstungsindustrie. Funktioniert aber nur, wenn sie auch viel verkauft. Nützt nix, wenn nur die Lager und die Kasernen gefüllt sind. Ein paar Kriege, und meine Rente ist sicher – da muss ich es nur schaffen, zu überleben! (BSJ)



## VSA: Neue Bücher jetzt schon oder bald erhältlich



**Joachim Rock**  
**Armut? Abschaffen!**  
Wege zur Überwindung von Ausgrenzung in einem reichen Land | Fakten, Hintergründe, Vorschläge  
160 Seiten | € 14.80  
ISBN 978-3-96488-249-3



**David Harvey**  
**Marx' »Grundrisse« lesen**  
Ein Begleiter für Einsteiger und Fortgeschrittene  
Aus dem Englischen von Mareike Borger, Leo Koch und Klara Steenken  
432 Seiten | € 29.80  
ISBN 978-3-96488-187-8



**Garnet Alps/Carsten Maaß/Uwe Stoffregen**  
**Gewerkschaft, ja bitte!**  
Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive | 5. aktualisierte Ausgabe 2026  
480 Seiten | Hardcover  
viele Abbildungen | € 24.80  
ISBN 978-3-96488-250-9



**Laura Bremert/Markus Hoppe/Bettina-Johanna Krings/Werner Schmidt (Hrsg.)**  
**Der Betrieb als sozialer Ort im Umbruch**  
Kollegialität und Solidarität trotz Homeoffice, New Work und Agilität?  
184 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-247-9



**Ingar Solty**  
**Innere Zeitenwende**  
Die Militarisierung des Alltags, von Wissenschaft und Kultur | Eine Flugschrift  
120 Seiten | € 12.00  
ISBN 978-3-96488-259-2

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

## Mehrfach-Kulturipp

# 10 Jahre »Denk mal am Ort«

Am Wochenende 30./31. Mai kann die Initiative »Denk mal am Ort« (DMAO) auf ein zehnjähriges Engagement zurückblicken. Mittlerweile finden Veranstaltungen in Berlin, Bleckede, Coburg, Frankfurt a.M., Köln, München, Rendsburg und natürlich in Hamburg statt. Alleine in unserer Stadt wird an 17 Orten an Hamburger\*innen erinnert, die in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes aus der Gesellschaft ausgeschlossen, deportiert, gefoltert, ermordet wurden. Das Besondere an DMAO ist, dass für einige Veranstaltungen Haus- und Wohnungstüren geöffnet werden, um an den Orten ehemaligen Geschehens Biografien zu veranschaulichen, unter Einbeziehung von Erinnerungen, Dokumenten, Fotos usw. Das Gesamtprogramm findet sich im Netz.

Einer der Orte, die am Samstag, den 30. Mai, aufgesucht werden können, ist die Kapelle 13 auf dem Ohlsdorfer Friedhof (Mittelallee). Um 11.00 Uhr wird der ehemalige Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Herbert Diercks einen Vortrag über den norwegischen Studenten Wilhelm Wilhelmsen halten, der 1944 an den Folgen seiner Deportation durch die SS 1944 gerade mal 21 Jahre jung in Hamburg verstarb. Im Anschluss an den Vortrag gibt es eine Führung zum Grab von Wilhelm Wilhelmsen, an der sich auch Familienangehörige beteiligen.

Wir danken Herbert Diercks für den Beitrag, den er eigens für den Bürger\*innenbrief formuliert hat.



## 50. Hamburger Bauheft erschienen

# Gedenken an Wilhelm Wilhelmsen

Von Herbert Diercks

Ende 2025 erschien als »hamburger bauheft« meine Darstellung der Geschichte des in Hamburg weitgehend vergessenen Polizeigefängnisses Hütten (»Hüttengefängnis«). Das Gebäude in Hamburg-Neustadt ist erhalten. Es ist im Kern über 165 Jahre alt. In den letzten 100 Jahren hat sich das äußere Erscheinungsbild kaum verändert. Seit 1948 wird es nicht mehr als Gefängnis genutzt, sondern als Jugendheim, Flüchtlingsunterkunft und seit über 35 Jahren als Männerwohnheim. Ausführlich werden in der Publikation die Nazizeit thematisiert und mehrere Personen vorgestellt, die in dieser Zeit verfolgt wurden und im Hüttengefängnis inhaftiert waren. Einer davon ist Wilhelm Wilhelmsen, ein Student aus Norwegen, der 1944 gerade 21-jährig in Hamburg starb. Sein Grab befindet sich auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

Am **Samstag, 30. Mai 2026**, 11.00 Uhr, findet im Rahmen von »Denk mal am Ort« in der historischen Kapelle 13



Das »Bauheft 50« ist in jeder Buchhandlung zum Preis von 14 € zu erwerben

auf dem Ohlsdorfer Friedhof eine Informations- und Gedenkveranstaltung statt. Sechs Familienangehörige aus Norwegen werden erwartet. Ich werde in meinem Vortrag die Geschehnisse an der Universität Oslo, die Deportationen und das Schicksal von Wilhelm Wilhelmsen darstellen. Die Familienangehörigen werden berichten, wie lebendig die Erinnerung an den geliebten Sohn und Bruder in der Familie bis heute hin bewahrt wurde. Zur Gitarre spielt Simon Rebstock. Nach der Veranstaltung findet ein Gedenken am nahegelegenen Grab statt.

### **Zu den Hintergründen der Verfolgung von Wilhelm Wilhelmsen**

Das neutrale Norwegen wurde im April 1940 von der Wehrmacht angegriffen und blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges besetzt. Nazi-Deutschland errichtete dort ein Terrorregime. An der Spitze der Besatzungsmacht stand Reichskommissar Josef Terboven.

In Hamburg war der Überfall auf Norwegen in der Wehrmachtszentrale in Harvestehude vorbereitet worden. Der Hamburger Hafen diente als einer der zentralen Umschlagplätze für Truppen, Ausrüstung und Nachschub. In den Haftanstalten Hamburgs waren hunderte Norweger\*innen inhaftiert, von denen sich viele am Widerstand beteiligt hatten.

Die Besatzungsmacht erwartete von der norwegischen Bevölkerung bedingungslose Unterwürfigkeit. Es gibt viele Beispiele dafür, dass Zuwiderhandlungen sehr hart bestraft wurden. Der Terror traf auch völlig Unbeteiligte. So auch 1944 die hohe Zahl von 1.166 Studenten der Universität Oslo. Was war passiert? Die Universität Oslo galt als zu wenig unterwürfig. So wurde bereits im September 1941 ihr Rektor Didrik Arup Seip verhaftet, zunächst im dortigen Polizeigefangenenlager Grini festgehalten und 1942 in das KZ Sachsenhausen verschleppt.

Ende November 1943 hatten damals Unbekannte in der repräsentativen Aula der Universität ein Feuer gelegt. Der Sachschaden war gering, zumal die Täter selbst die Feuerwehr gerufen hatten. Reichskommissar Josef Terboven fasste diesen Vorfall als Provokation auf, zumal die Aula häufig von der deutschen Besatzungsmacht genutzt wurde. Sofort galten kommunistisch orientierte Student\*innen als Brandstifter und Terboven nutzte den Vorfall, die gesamte Studentenschaft zu bestrafen. Kurzerhand gab er den Befehl, alle männlichen Studenten zu verhaften und die Universität zu schließen.

Die geplante Massenverhaftung wurde zwar vorzeitig bekannt, dennoch gelang es der Polizei, 1.166 von geplanten 1.900 Studenten zu verhaften. Von den Verhafteten wurden knapp 650 im Dezember 1944 und Januar 1945 mit zwei



Porträtfoto von Wilhelm Wilhelmsen 1942 (Privatbesitz)

Transporten per Schiff nach Deutschland deportiert. Ziel des ersten Transports war ein SS-Ausbildungslager im Elsass, Ziel des zweiten zunächst das KZ Buchenwald, später kamen auch sie in das SS-Ausbildungslager. Die SS verfolgte die Absicht, die Studenten umzuerziehen und aus ihnen rassistisch bewusste Germanen und aktive Nationalsozialisten zu machen.

Das Umerziehungsprogramm scheiterte, die SS konnte keine neuen Mitglieder gewinnen. Im Gegenteil, die Studenten verweigerten kollektiv und erfolgreich kriegsbezogene Arbeit. Gegen Kriegsende waren die Studenten alle im KZ Buchenwald. Mehrere Studenten starben während der Verschleppung, weitere nach ihrer Befreiung an den Folgen der Haft. Die meisten aber konnten nach Kriegsende in ihre Heimat zurückkehren, aber das Erlebte niemals vergessen.

Wilhelm Wilhelmsen gehörte dem zweiten Transport an. Das Schiff »Donau« startete am 8. Januar 1944. Das war der Frachter, mit dem bereits Ende November 1942 über 500 norwegische Jüdinnen und Juden über Stettin in das KZ Auschwitz deportiert worden waren. Während der Überfahrt nach Stettin erkrankte Wilhelm Tangen Wilhelmsen an Diphtherie. Deshalb wurden er und drei weitere, ebenfalls erkrankte Studenten bei ihrer Ankunft am 11. Januar 1944 isoliert. Sie kamen zunächst in ein Lazarett und dann in Polizeigefängnisse, zuletzt in das Hamburger Polizeigefängnis Hütten.

Am 10. März 1944 kam Wilhelm Wilhelmsen mit einer Tuberkuloseerkrankung vom Gefängnis Hütten in das Allgemeine Krankenhaus Langenhorn. Dort starb er am 26. April 1944. Die drei norwegischen Mitgefangenen waren im in dieser Zeit soweit wieder genesen, dass sie mit dem Zug zurück zu ihrer ursprünglichen Gruppe gebracht wurden – in das KZ Buchenwald. Alle drei überlebten das Kriegsende.



Das Hauptgebäude der Universität Oslo, 2026 (Privatbesitz). Auf Gedenktafeln im Eingangsbereich werden alle Studenten angeführt, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden, darunter Wilhelm Wilhelmsen.

### Die Lebensgeschichte des Wilhelm Wilhelmsen

Wilhelm Wilhelmsen wurde am 18. November 1922 in Risør geboren. Sein Vater war seit seinem 15. Lebensjahr Seemann und sehr viel unterwegs. Als die Wehrmacht 1940 Norwegen angriff, arbeitete er als Schiffssteward auf einem Handelsschiff. Das Schiff befand sich gerade in internationalen Gewässern und kehrte nicht nach Norwegen zurück. Erst im Juni 1945 konnte Kristen Wilhelmsen wieder in seine Heimat zu seiner Familie zurückkehren. Seine Mutter arbeitete als Hausfrau und kümmerte sich um Haus, Haushalt und Kinder.

Ein gutes Jahr nach der Heirat wurde Wilhelm geboren. Am 11. Oktober 1925 folgte sein Bruder Odd. Mit der Geburt von Margaret am 11. Oktober 1930 war die Familie komplett. In der schönen Stadt, Risør, berühmt für ihre weißen kleinen Holzhäuser am Meer, wuchsen die Kinder wohlbehütet auf. Der Vater war allerdings wenig zu Hause, sondern auf See.

Mit der Besetzung Norwegens durch die Wehrmacht 1940 änderte sich für die Familie alles. Der Vater konnte und durfte bis Kriegsende nicht zu seiner Familie zurückkehren. Damit

fehlte der Familie das bisherige Einkommen. So musste Margit Wilhelmsen verschiedene Arbeiten annehmen, um sich und die Kinder zu versorgen. Das Haus in Risør musste verkauft werden. Die Familie zog nach Moss, wo Verwandte von Margit Wilhelmsen lebten.

Wilhelm Wilhelmsen schloss im Sommer 1942 das Gymnasium ab und begann im Herbst sein Studium an der Universität Oslo. In seinem Philologiestudium beschäftigte er sich mit der deutschen und wohl auch französischen Sprache und Literatur. Seine Verhaftung erfolgte im 3. Semester.

Seine Mutter unterstützte die norwegische Widerstandsbewegung »Heimatfront«, indem sie Briefe und Nachrichten an Aktivisten im Widerstand der deutschen Besatzungsmacht übermittelte. Der Übergabeort war mehrfach eine Hütte im Familienbesitz. 1944 wurde Bruder Odd zum Arbeitsdienst für die deutsche Besatzungsmacht einberufen. Er versteckte sich bis Kriegsende auf einem weit entfernten Bauernhof eines entfernten Verwandten. Nach ihm wurde gefahndet. 🇳🇴

---

Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger\*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg